

Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungsorte Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 25. Februar 1928

Nummer 16

Privateigentum und Sozialismus

Konservative und Liberale bekämpfen in gleicher Weise den Sozialismus als Feind des Privateigentums. Die Konservativen reden von der Heiligkeit des Privateigentums aller Art (d. h. sowohl an Produktionsmitteln wie an Verbrauchsgütern) als Teil der „göttlichen“ Weltordnung. Die Liberale begründen das Recht auf privates Eigentum an den Produktionsmitteln einmal durch naturrechtliche Gedankengänge, denen zufolge das Sondereigentum den Menschen als ihr angeborenes natürliches Recht zusteht, zum andern aber versuchen sie das Privateigentum damit zu rechtfertigen, daß unter seiner Herrschaft die Versorgung der Bevölkerung am besten gewährleistet sei. Wie stark diese liberale Ideologie noch heute lebendig ist, dafür zeugt das jüngst erschienene Buch des Wiener Universitätsprofessors Ludwig Mises: „Liberalismus“, das ein hohes Lob auf das Sondereigentum an Produktionsmitteln ausspricht, das allein das Heil der Gesellschaft verbürge.

Wie ist es nun um diese Rechtfertigung des Privateigentums in der modernen hochkapitalistischen Wirtschaft bestellt? Bevor wir diese Frage zu beantworten suchen, lohnt es sich, einen Blick auf einige Tatsachen zu werfen, die beweisen, an wie vielen Stellen das System des unbefruchteten Privateigentums im Hochkapitalismus bereits durchbrochen ist. Nicht allein die rapide Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft, wodurch wichtige Versorgungsgebiete der öffentlichen Hand unterstehen, zeugt für die Einschränkung des Tätigkeitsgebiets für das Privateigentum. Eine Anzahl von staatlichen Eingriffen führen tiefgreifende Veränderungen in der Verteilung des Privateigentums herbei. Durch die Besteuerung erfolgt eine Neuverteilung des Einkommens, die auch auf die Vermögensbildung der einzelnen Steuerträger zurückwirkt. Wenn aus Steuermitteln Subventionen an bestimmte Unternehmungen oder Industriezweige gegeben werden, so bedeutet dies zwangsweise Übertragung von Einkommens- bzw. Eigentumsteilen von einem Besitzer auf den andern. Dasselbe trifft auch für die Zölle zu. Selbst wenn sämtliche Besitzer von Produktionsmitteln in ihrer Produktion durch Zölle geschützt sind, sind diese Zölle nicht gleichmäßig hoch und können in verschiedenem Umfang überwältigt werden. So können auch die Zölle eine Umwälzung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse bewirken. Inflation und Geldwertung haben ein anschauliches Bild dafür geliefert, wie weitgehend der Geldbesitz zugunsten anderer Arten des Besitzes enteignet werden kann, welche Verschiebungen die Geldwertveränderungen in der Stellung der Schuldner und der Gläubiger herbeiführen können. Die größte Veränderung in bezug auf das Privateigentum ist aber durch die Schaffung von Großkonzernen und Trusts eingetreten. Zum Begriff des Sondereigentums an Produktionsmitteln gehört auch die Verfügungsmacht ihrer Besitzer. Nun ist bekannt, wie sehr die neue kapitalistische Entwicklung, die Zusammenballung des Kapitals, die Aktionäre — die eigentlichen Besitzer von Produktionsmitteln — entrechtet hat. Nicht nur, weil die Leiter der Großkonzerne durch Mehrstimmrechtsaktien usw. ihre Macht im Vergleich zur großen Masse der Aktionäre sehr bestärken konnten, sondern auch, weil der Umfang der Geschäfte und deren außerordentliche Komplexität für den einzelnen Aktionär die Übersicht und Kontrolle schier unmöglich macht. Im übrigen werden in der hochkapitalistischen Wirtschaft auch die Besitztitel der Aktionäre weitgehend enteignet, und zwar sowohl von den Unternehmungen, deren Aktien sie besitzen, wie von der Börse, wo über den Kurs der Aktien entschieden wird. Gründungsgewinne, Verwertungen, Verschachtelungen und andre Finanzkünste der Konzernleitungen vermögen den Anteil des Aktionärs an dem Unternehmen zu beeinträchtigen. Was aber das Schicksal des auf sich gestellten Aktionärs an der Börse anbelangt, so ist hierfür die Feststellung, die im kürzlich erschienenen Programm der englischen Liberalen Partei gemacht wurde, bezeichnend: „Es dürfte kaum eine Übertreibung sein, wenn man sagt, daß für gewinnbringende Anlagen in Industrien heute das halbe Geschäft darin besteht, daß man sich auf die eine oder andre Weise private Informationen verschafft, die der großen Masse der Aktienbesitzer und Anlagefahenden nicht zugänglich sind. Der schlaue Finanzmann verbringt keine Zeit damit, sich richtige Informationen zu verschaffen, die ihm nicht zukommen, während der weniger ehrliche für die Verbreitung falscher Informationen sorgt, für die er bei der allgemeinen Unkenntnis zu finden vermag.“ Wenn auch bei all

diesen Methoden zur Enteignung der bisherigen Eigentümer das System des Privateigentums weiter bestehen bleibt, so zeigen dennoch die angeführten Beispiele die Brüchigkeit der heiligen Ordnung des Privateigentums, vom Standpunkt des einzelnen Eigentümers gesehen, deutlich genug.

Was nun die Rechtfertigung des Privateigentums an Produktionsmitteln anbelangt, so kann die naturrechtliche Begründung eines mächtigen Naturtriebes dafür ohne Zweifel nicht ausreichen. Niemand wird z. B. die Schaffung eines Trusts damit rechtfertigen können, daß seine Leiter einen natürlichen Hang zur Herrschaft über die Produktionsmittel haben. Sofern ein solcher Trieb bei ihnen besteht, so hat die Gesellschaft allen Grund, diesen zu bekämpfen, statt ihn zu fördern. In der naturrechtlichen Begründung des Privateigentums steckt zwar ein Korn Wahrheit, deren Erkenntnis auch die Sozialisten in bestimmtem Sinne zu einem Umlernen veranlaßt hat. Der Sozialismus wendet sich von der Idee eines primitiven Verbraucherkommunismus ab, ja er will den Kleinbesitz des Bauern, der mit eignen Produktionsmitteln arbeitet, trotzdem aber eine Ausbeutung anderer Gesellschaftsschichten nicht betreiben muß, nicht antasten, und was die Handwerker und die kleinen Gewerbetreibenden anbelangt, so steht die sozialistische Bewegung diesen Schichten nicht etwa grundförmlich feindlich gegenüber, sondern bewußt nur angedeutet der wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend deren Lebensfähigkeit und die Möglichkeit, daß sie sich dem Großkapital gegenüber erfolgreich über Wasser halten können. Bei dieser Einstellung des Sozialismus gegenüber dem Privateigentum lehnt er dessen Anerkennung als oberstes Prinzip allerdings radikal ab: Für ihn ist die Entfaltung der Produktivkräfte und die beste Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung in einem sozialistischen Staat das Grundprinzip; nach dem er seine Handlungen orientieren will. Deshalb ist er grundförmlich Gegner des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Die liberale Ideologie sucht aber das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch durch dessen Vorteile für Produktion und Güterversorgung zu rechtfertigen. Hier steht immer noch an erster Stelle das bekannte Argument der „persönlichen Initiative“, die bessere Eignung der privatkapitalistischen Leiter für die Führung der Produktion gegenüber dem „Bureaucratismus“ der öffentlichen Wirtschaft. Dabei wird verschwiegen, wie sehr sich die Verhältnisse im Hochkapitalismus geändert haben, einen wie stark bürokratischen Leitungssystem der modernen Großkonzerne im Grunde hat, wie dort der Aufstieg der Föhrigen an leitende Stellen keineswegs leichter, ja vielfach viel schwerer ist als bei der öffentlichen Wirtschaft. Die Leitung der neuen Industriebetriebe beruht nicht auf einem Ausleseprinzip der Tüchtigsten, sondern auf kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Auch diesbezüglich enthält das englische liberale Programm einige bemerkenswerte Sätze, wo es klipp und klar sagt: „Die Direktorenposten sind die Taschenfürtentümer unserer Zeit. . . Wir halten den zwangswelken Rücktritt von Direktoren, die über 70 Jahre alt sind, für notwendig. . . Vielen von den hundert Direktoren der vier großen (privaten; Schriftleitung.) Eisenbahngesellschaften kann niemand vorwerfen, daß sie die Zeit oder die Befähigung besitzen, die notwendig sind, um die Probleme einer großen Eisenbahn zu behandeln.“

Das entscheidende liberale Argument zugunsten des Privateigentums an Produktionsmitteln ist aber, daß dieses bzw. das darauf aufgebaute kapitalistische System am besten geeignet sei, die Bevölkerung mit Gütern zu versorgen. Die Unternehmer können ihre Profite nur machen, wenn ihre Unternehmungen rentabel sind, d. h. Erträge abwerfen; die Rentabilität ist aber gleichbedeutend mit Produktivität; die Güter, deren Erzeugung die Ertragsfähigkeit der kapitalistischen Unternehmungen sichert, müssen letzten Endes dem Verbrauch der Bevölkerung zu gute kommen. Hier ist nun nicht der Platz, im einzelnen zu zeigen, wie weitgehend in einem gegebenen Zeitpunkt privatwirtschaftliche Rentabilität und volkswirtschaftliche Produktivität auseinandergehen können. Die Sozialisten sind davon überzeugt, daß die beiden in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nicht zusammenfallen können. Doch behauptet selbst die liberale Ideologie dieses Zusammenstreffen nur für den Fall, wenn in der Wirtschaft die freie Konkurrenz herrscht. Damit ist es aber gründlich vorbei. Mächtige Monopolorganisationen beherrschen das Feld, die eine Politik der hohen Preise und der Produktionsein-

schränkung verfolgen. Diese Wirtschaftspolitik führt aber — wie Professor Leberer kürzlich in einer wertvollen Untersuchung über „Monopole und Konjunktur“ schilberte — dazu, daß der gesamte Wirtschaftsprozess einschrumpft und der ganze Produktionsvertrag (Sozialprodukt) seiner Menge nach eingeschränkt wird. Niemand, der die Wirtschaftspolitik der Monopolorganisationen verfolgt, wird behaupten können, daß sie in der gegenwärtigen Form, d. h. ohne die schärfste und wirksamste Staatskontrolle, die bestmögliche Entfaltung der Produktivkräfte und die beste Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Eine wirksame staatliche Kontrolle ist aber bereits eine Einengung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, das, wie erwähnt, nach der liberalen Lehre auch die schrankenlose Verfügung über sie einschließen müßte. Eine wirksame Monopolkontrolle muß letzten Endes zu deren Aufhebung bzw. zu deren Überführung in den Besitz der Gesellschaft führen, falls nur die hierzu nötigen politischen Willenskräfte heranzutreiben.

Bezeichnend für die Erkenntnis der veränderten Verhältnisse ist auch zu diesem Punkt das neue Programm der englischen liberalen Partei, das der herkömmlichen liberalen Ideologie des uneingeschränkten Privateigentums auch hier ab sagt und für jene Unternehmungen, die mehr als die Hälfte eines Produkts herstellen, d. h. als Monopolunternehmungen anzusprechen sind, eine scharfe Staatskontrolle auf Grund einer besonderen Gesetzgebung fordert. Ein Zeichen dafür, daß die liberale Partei Englands, im Strom des politischen Lebens stehend, lieber den Forderungen der großen Masse, die sie für die Wahlen gewinnen möchte, Gehör schenken, als weiter veralteten liberalen Prinzipien huldigen will. Dies will sie der konservativen Partei überlassen, die als einzige politische Partei Englands als Hüterin der heiligen Ordnung des uneingeschränkten Privateigentums übriggeblieben wird. Inbessenen bleibt es sowohl in England wie auf dem Kontinent der Arbeiterklasse vorbehalten, den Kampf gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, dessen Schädlichkeit für das Gedeihen der Volkswirtschaft ihr heute deutlicher als je vor Augen tritt, in dem oben geschilderten Sinne weiterzuführen. H. S.

Sozialismus und Kapitalbildung

Von bürgerlichen Volkswirtschaftlern kann man nicht erwarten, daß sie zu den Zielen und Forderungen des Sozialismus eine einwandfreie objektive Stellung einnehmen. Mehr oder weniger wird dieser in ihrem Urteil stets nur als Zerrbild erscheinen, das mit der Wirklichkeit nichts gemein hat. Indem sie dieses Zerrbild trotzdem mit der Wirklichkeit identifizieren, ist es ihnen leicht, dem Sozialismus die verschiedensten Mängel anzuhängen, die dann zu seiner kritischen „Vernichtung“ dienen sollen. Freilich handelt es sich hierbei vielfach nur um Klopfschleierkünste, die für den Augenblick verblüffen können, aber eine nachhaltige Wirkung nicht ausüben, weil sich nur zu bald ihre Bedeutungslosigkeit herausstellt. Unter diese Art von Kritik fallen auch die Angriffe, die der wegen seiner menschlichen Anschauungen auch in Gewerkschaftskreisen nicht unbekannt Professor Dr. Gustav Cassel in einem Aufsatz über „Sozialismus und Kapitalbildung“ gegen den Sozialismus, im besondern aber gegen die Gewerkschaften sowie die von ihnen vertretene Sozial- und Lohnpolitik richtet.

Dem Sozialismus wird zum Vorwurf gemacht, daß er zu dem Problem der Kapitalbildung eine sehr unklare Stellung einnehme. Einerseits trete bei ihm eine starke Feindschaft gegen die Kapitalbildung zutage, andererseits stelle er an das Kapital ungeheure Ansprüche, ohne sich mit dem Gedanken vertraut machen zu können, daß eine Knappheit an Kapital eine Grenze für die Möglichkeit zur Befriedigung seiner Wünsche bilden muß. Dieser Widerspruch führe dazu, daß eine Menge Vorurteile gemacht werden, die sich gegenseitig ausschließen. Würden sie wirklich durchgeföhrt, so müßten sie bald das ganze Gesellschaftsgetriebe zum Stillstand bringen oder bei begrenzter Verwirklichung ein schweres Hindernis für das Aufblühen des Wirtschaftslebens bilden. Ein solcher Umstand könne sich nur in Kreisen geltend machen, wo man sich auf wirtschaftlichem Gebiet nie daran gewöhnt hat, tiefer als zur Oberfläche zu sehen oder gelernt hat zu verstehen, daß die Erscheinungen einen andern Inhalt haben können, als es ihr äußerer Ansehen an die Hand gibt.

Mit diesen allgemeinen Vorwürfen ist wenig anzufangen, da es Casell vermeidet, an konkreten Beispielen zu zeigen, wann, wie und wo der Sozialismus und seine Vertreter eine so rückwärtige Stellung eingenommen haben. Auch sonst fällt er keine Ausführungen stark in Unklarheit, indem er einmal ganz allgemein schleichlich von Sozialismus, dann aber wieder von einem primitiven Sozialismus spricht, der glaubt, die Bedürfnisse der Gesellschaft an Realkapital einfach dadurch beseitigen zu können, daß öffentliche Organe zu diesem Zwecke Geld „bewilligen“. Versteht man sich aber in seine Gedankengänge, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er unter diesem primitiven Sozialismus die von den Gewerkschaften vertretene wirtschaftliche und sozialpolitische Auffassung versteht. Dahin deutet auch seine Bemerkung, daß diese primitive Auffassung des Sozialismus ganz besonders in den jetzt Mode gewordenen Bewilligungen für öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zutage tritt. Es sind das die alten mancherlei Grundzüge, an denen Casell mit seltener Beharrlichkeit festhält, obwohl sie von dem Kapitalismus, wenigstens in seinen maßgebenden Teilen, längst aufgegeben worden sind. Führt doch erst vor kurzem auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die am 7. September v. J. in Frankfurt a. M. stattfand, einer seiner Führer aus: „Das Zeitalter der Laissez-faire-Maxime, des unbefchränkten Individualismus, ist vorüber. Man hat erkannt, daß höhere Gesamtleistungen eines Betriebs und der gesamten Volkswirtschaft in einer durchorganisierten Wirtschaft vollbracht werden können.“ Das ist doch deutlich genug!

Hat aber der Kapitalismus selbst die von ihm früher vertretenen mancherlei Grundzüge als nicht mehr zeitgemäß und mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unvereinbar beseitigt, so können sie auch für die Arbeiter nicht maßgebend sein. Was dem einen recht ist, ist für den andern billig! Wenn Casell für die Wandlung der Verhältnisse kein Verständnis hat, so trifft ihn der gegen den Sozialismus erhobene Vorwurf, daß dessen Haltung an Unklarheit und Widersprüchen leide, selbst. Der Sozialismus, auch in der von den Gewerkschaften vertretenen Form, ist fast über die Bedeutung der Kapitalbildung und Kapitalanammlung für die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse durchaus klar. Kein anderer als Karl Marx hat dies schon zu einer Zeit, wo noch über dieses Problem die verworrensten Anschauungen herrschten, in deutlichster Weise zum Ausdruck gebracht, indem er in seinem „Kapital“ sagt: „Die Bedingungen der Produktion sind zugleich die Bedingungen der Reproduktion. Keine Gesellschaft kann fortwährend produzieren, d. h. reproduzieren, ohne fortwährend einen Teil ihres Produkts in Produktionsmittel oder Elemente der Neuproduktion rückzuverwandeln. Unter sonst gleichbleibenden Umständen kann sie ihren Reichtum nur auf derselben Stufenleiter reproduzieren - oder erhalten, indem sie z. B. die während des Jahres verbrauchten Produktionsmittel, d. h. Arbeitsmittel, Rohmaterialien und Hilfsstoffe, durch ein gleiches Quantum neuer Exemplare der gleichen Art ersetzt, welches von der jährlichen Produktionsmenge abgeschrieben und von neuem dem Produktionsprozeß einverleibt wird.“

Marx hat also keinen Zweifel darüber offen gelassen, daß die Kapitalbildung nicht nur für die gesellschaftliche Produktion auf der bestehenden Grundlage, sondern auch für die Erweiterung der gesellschaftlichen Bedürfnisse notwendig ist. Daraus geht klar genug hervor, daß auch in der sozialistischen Gesellschaft die Bildung und Anammlung von Kapital nicht unterbleiben kann. Auch darüber, wie die Bildung und Anammlung von Kapital vor sich geht, hat sich schon Marx sehr eingehend ausgesprochen. Professor Casell bietet daher mit seiner Kapitalbildung wirklich nichts, was nicht jedem Sozialisten bekannt wäre. In einem freilich gehen die Ansichten auseinander. Der im Banne der mancherlei Anschauungen befangene Volkswirtschaftler Casell findet es als eine besonders glückliche Anordnung, daß das Lebensbedürfnis der Gesellschaft eine so außerordentliche Kraft wie das Interesse des einzelnen für Vermögenserwerb in seinen Dienst stelle. Darüber kann man sehr geteilter Meinung sein! Die Tatsache selbst aber besteht, und der Sozialismus findet sich damit ab, daß er das Entstehen des Privateigentums und das Bestreben des einzelnen nach dessen Vermehrung als das Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung anerkennt. Der Sozialismus geht sogar noch weiter und bestreitet nicht, daß diese Entwicklung trotz aller ihr anhaftenden Mängel und dadurch verursachten Schäden und Gremel die Menschheit auf eine Kulturhöhe gebracht hat, die mit berechtigtem Stauern erfüllt. Wenn auch sehr gegen seinen Willen, hat der Kapitalismus nur damit die Grundlagen geschaffen, auf denen sich der Sozialismus aufbauen und daran denken kann, seine Ideale zu verwirklichen.

Noch aber bieten die bestehenden wirtschaftlichen Zustände keinen Grund zur Befriedigung mit dem Erreichten. Doch wie selber steht die Entwicklung nicht still, sondern schreitet unaufhaltsam fort. Mit ihr ändern sich sowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie die Anschauungen der Menschen. Was solange für die Gesellschaft vorteilhaft war, wird allmählich zu einem Hemmnis des weiteren Fortschritts und zum Schaden für die Gesamtheit. Die kapitalistische Entwicklung ist an diesem Punkt angelangt. In fortschreitender Konzentrierung ballt sich das Kapital in Riesenzentren und Trübs zusammen, seinen Besitzern eine Macht verleihend, die Staat und Gesellschaft in immer größerer Abhängigkeit von den Kapitalmagnaten bringen. Es entsteht ein Machtmißbrauch, der sich zu den aberwitzigsten Provokationen verleiht, wie wir ihn in den ungeheuerlichsten Ausperrungsandrohungen dieser Tage

erst wieder beobachten konnten. Der Zweck der Produktion, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, wird in das Gegenteil verkehrt. Bei den Kapitalbesitzern herrscht raffiniertester Luxus und Verschwendung, die arbeitenden Massen dagegen sind zu ständig wachsender Ausbeutung und Herabdrückung ihrer Lebenshaltung verurteilt, ohne daß sie bei Fortdauer dieses Zustandes auf eine Verbesserung ihrer Verhältnisse rechnen dürfen. Der Sozialismus zieht hieraus die sich von selbst ergebende Folgerung, daß dieser Zustand durch die Überführung der kapitalistischen Produktionsweise in die gemeinwirtschaftliche beseitigt werden muß. Die Tätigkeit der bestehenden gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen des Staats, der Gemeinden und Genossenschaften bieten die Gewähr dafür, daß sie sehr wohl noch weiteren Aufgaben mit Aussicht auf Erfolg zu übernehmen imstande sind und der kapitalistische Unternehmer kein unbedingtes Erfordernis für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist.

Daß auch die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der ständigen Neubildung von Kapital bedürfen, ist selbstverständlich. Sie wird aber in anderer Weise vor sich gehen, als es bei der kapitalistischen Produktionsweise der Fall ist. Der kapitalistische Unternehmer kennt nur das mit der Privatwirtschaft unlösbare Bestreben, die aus seinem Unternehmen herauszuwickelnde Mehrwerte möglichst zu erhöhen und über den allgemeinen Durchschnitt zu steigern. In dem Maße, wie ihm das gelingt, erhöht sich nicht nur bei für seinen Privatverbrauch bestimmte Gewinn, sondern auch der für neue Kapitalbildung einfallende Teil des Mehrwerts. Diese Steigerung wird seit jeher auf Kosten der Arbeiter und Verbraucher zu erzielen versucht. Der einzelne Kapitalist fragt nicht danach, daß die von ihm zur Erhöhung des Mehrwerts vorgenommenen Herabdrückung des Arbeitslohns sowie die Hochhaltung der Preise, eigentlich ein selbstmörderisches Vorgehen ist, weil er damit die Kauf- und Verbrauchsfähigkeit seiner Arbeiter herabsetzt. Er sieht nur seinen daraus entspringenden Vorteil und überläßt es andern, vernünftiger zu handeln. Das tun die andern Kapitalisten nicht, sondern gehen genau in der gleichen Weise vor. Unter diesen Umständen wäre die von den kapitalistischen Vertretern so gerühmte kapitalistische Privatwirtschaft schon längst in einem Meer von Elend und Verzweiflung der Massen untergegangen, wenn ihr nicht in dem organisieren Widerstand der Arbeiter wie dem Selbsterhaltungsbegriff des Staates Hemmungen entgegengekehrt würden, die eine solche Katastrophe verhindern.

Die kapitalistischen Sirenenengänge, die den Arbeiter bestimmen sollen, sich vorübergehend mit der Herabdrückung seines Lohnes und seiner Lebenshaltung zufrieden zu geben, bis die durch den Krieg und seine Nachwirkungen unterbrochene Kapitalneubildung so weit fortgeschritten ist, um auf erhöhter Produktionsstufe die allgemeinen Bedürfnisse besser zu befriedigen, „früher Väter mit Recht bei den Arbeitern“ telken „Wahnen“. Derartige Beschreibungen sind ihnen schon bei Beginn der kapitalistischen Entwicklung gemacht worden. Der Kapitalismus hat sie nicht zu erfüllen vermocht. Das Gegenteil ist eingetreten! Was die Arbeiter als Produzenten wie als Verbraucher an Verbesserungen ihrer Lebenshaltung wie Arbeitsbedingungen erreichten, haben sie stets gegen den hartnäckigsten Widerstand des Kapitalismus erkämpfen müssen. Freiwilrig wurde ihnen nicht der geringste Vorteil zugestanden. Daß sie unter diesen Umständen ihre eigenen Wege gehen, ist daher nicht Freundschaft gegen die Kapitalbildung selbst, sondern nur gegen die Methoden, die der Kapitalismus dabei zur Anwendung bringt.

Soziale Kämpfe und Nationalisierung

Nachdem im Laufe des Jahres 1927 die Unternehmervwelt ihre inneren Kämpfe um den Anteil an dem Konjunkturtrag einigermaßen geordnet hatte, setzten sie ihre freigewordenen Energien sofort in den Kampf für Verschönerungen der sozialen Lage der Arbeiter ein. Ein förmliches Wettlaufen der einzelnen Unternehmerrichtungen setzte ein, die zwar jede ihre besonderen Wünsche in betreff Rückverbildung der Sozialpolitik haben und in den großen Fragen dann aber wieder einig gehen. Die Führung in diesen Kämpfen hat traditionsgemäß die Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen. Ihr Vorgehen war gleichbedeutend mit einer wirtschaftlichen Revolte. Als es bekannt wurde, daß der Reichsarbeitsminister, den Forderungen der wiedererkrankten Gewerkschaften folgend, durch Verordnung vom 16. Juli 1927 die Wiedereinführung der dreifachen Schicht und damit des Achtstundentages für die in hohen Temperaturen arbeitenden Arbeiter der Hochofen- und Röhrengießereien in den Stahls- und Walzwerken aus- sprach, war die schwerindustrielle Revolte da. Die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen beantworteten die Verordnung des Reichsarbeitsministers mit der Herausforderung, ab 1. Januar (dem Inkrafttreten genannter Verordnung) alle durch die Verordnung betroffenen Werke stillzulegen. Es ist erfreulich, daß der Reichsarbeitsminister nicht vor dieser Drohung zurückgewichen ist und sich nicht hat beeinflussen lassen, die Verordnung über das Dreischichtensystem in der Großindustrie hinauszuschieben. Nur einigen Betrieben ist ein beschränkter Aufschub zugestanden worden. Das Vorgehen der Schwerindustriellen war in der Tat eine offene Revolte gegen den Reichsarbeitsminister und den Staat, aber wenn sie ihre Drohung, ihre Werke stillzulegen, nicht ausführten, so waren es doch in Wirklichkeit die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse, die sie daran hinderten. Die gewerkschaftliche Dinnmacht 1923,

der Zeit der größten Inflation, konnte nicht den Raub des Achtstundentages für einen großen Teil der rheinisch-westfälischen Arbeiterkraft verhindern, aber die gewerkschaftliche Macht war doch inzwischen so weit erstarkt, daß das Unternehmertum eine offene gewalttätige Auseinandersetzung mit der Arbeiterkraft gegen Ende doch nicht wagen wollte.

Dafür flammten die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital in allen Landesteilen und allen Industrien auf. Angefichts der viel zu hohen Lebenshaltungskosten mußten die Arbeiter an eine angemessene Erhöhung der Löhne denken, einem Bestreben, dem das Unternehmertum in Verlennung ihrer ureigensten Grundinteressen den heftigsten Widerstand entgegensetzt. Nach den Stimmen im Unternehmerrager besteht bei dem Unternehmertum wenig Neigung, den veränderten Verhältnissen durch Lohnerhöhungen Rechnung zu tragen, so daß die Gewerkschaften für die nächsten Monate weiter mit zahlreichen offenen Kämpfen zu rechnen haben, zumal die Arbeiterkraft auch mit der Tätigkeit der beamteten Schlichter unzufrieden ist, die in letzter Zeit oft den Klagen der Unternehmer nach Unrentabilität der Betriebe und Zukunftslos, dem Schlagwort von der Mengenkonjunktur, erlegen sind und daher Ursache haben, anzunehmen, daß in der nächsten Zeit die unannehmbaren Schicksalsprüche sich mehren werden.

Wie wenig Berechtigung derartigen industriellen Klagen, die auf die Schlichtungsinstanzen erfahrungsgemäß so tiefen Eindruck machen, beizumessen ist, zeigt der Fall Krupp. Vor einem Jahre fordernte die Firma Krupp von der Reichsregierung eine Subvention von 20 Millionen Mark zur Errichtung einer neuen Hochofenanlage mit der Begründung, wenn man so will, Drohung, daß im Falle der Nichtgewährung etwa 15 000 Arbeiter erwerbslos werden würden. Jetzt ist der Geschäftsabschluss der Firma Krupp für das verfloßene Jahr erschienen. Trotz der Nichtgewährung der beantragten Subvention hat Krupp die Hochofenanlage bauen, hat die Belegschaft von 46 000 auf 80 000 Arbeiter steigern können und hat nach mehr als reichlichen Abschreibungen noch einen Reingewinn von 13 Millionen Mark erzielt. Dieser Fall aus dem Rheinland zeigt so recht drastisch, was von den Klagen der Industriellen über schlechte Verkaufserlöse, über die sozialen Lasten und die „Gefahren“ aus dem Arbeitszeitgesetz und der Lohnpolitik der Gewerkschaften zu halten ist. Derartige Vorkommnisse sollten auch die Schlichtungsinstanzen zur Kenntnis nehmen. Mancher Spruch würde dann sicher anders ausfallen.

Doch der soziale Kampf zwischen Kapital und Arbeit läuft zurzeit namentlich auch auf dem Steuergebiete. Unter dem Schlagwort der Vereinheitlichung des Steuerrechts sucht das Unternehmertum sich zu ent- und die Arbeiter- und Angestelltenkraft zu belasten. So notwendig innerpolitisch eine Vereinheitlichung der Steuerrechte auch ist, so hat die Arbeiterkraft alle Ursache, aufzupassen, daß die in den „Wellesten“ Kreisen so „jähmähliche“ Vereinheitlichung nicht zu einer weiteren Belastung der Arbeiterkraft ausläuft. Die geplante Steuer-Neuregelung soll mit Wirkung vom 1. April 1928 in Kraft treten. Der Gesetzentwurf will die Gewerbesteuer, die Grundsteuer und die Hauszinssteuer für das ganze Reich einheitlich regeln und zugleich eine weitgehende Vereinfachung der Finanzverwaltung herbeiführen. Bei den Entwürfen der geplanten Neuregelung hat die Regierung bereits dem Drängen der Unternehmer auf weitgehenden Abbau der Realsteuern nachgegeben. Kadgegeben auf Kosten der sozialen Tätigkeit der Gemeinden, deren angehtlich zu weitgehende Sozialpolitik abgebrochelt werden soll. Also der Kern der Vereinheitlichung des Steuerwesens liegt in dem Erstören der Reichsregierung und ihrer Auftraggeber, der Unternehmer, eine unpopuläre Verteilung der Steuerlasten, als bisher schon, herbeizuführen.

So geht der soziale Kampf in sichtbar verschärften Formen auf der ganzen Linie und auf den verschiedensten Fronten.

Einer der charakteristischsten Züge der kapitalistischen Wirtschaft ist der in ihr waltende Nationalismus. Der Nationalismus ist eine geistige Qualität, die die Vernunft als obersten Richter über alles Urteilen und Handeln setzt. Sie hat sich entfaltet im Kampf gegen die Überlieferung der vorkapitalistischen Zeit, gegen jedelei religiöse und romantische Denkart.

Wenn diese geistige Grundlage der Wirtschaft dient und ihre Grundzüge in ihr zur Auswirkung bringt, sprechen wir von Nationalisierung. Ihr Ziel ist höchstmögliche Nationalität der Wirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft ist von diesem Streben nach Nationalität begleitet, seit sie besteht. Wo immer sie in nennenswerter Maße einbrang und noch eindringt, überwindet sie die alten bürgerlichen und handwerklichen Produktionsweisen. Ihre Vordringen geht Hand in Hand mit dem Vordringen technisch überlegener Produktionsmethoden; sie führt völlig neue Produktivkräfte, wie die gesellschaftliche Arbeit, die Maschine, die Fabrik, mit sich herauf. Die Nationalisierung der Wirtschaft ist somit ein der kapitalistischen Wirtschaftswelt immanenter Prozeß, der von ihrem Anfang an wirksam ist. Seit es kapitalistische Wirtschaft gibt, gibt es in ihr eine Tendenz gewisser Plannmäßigkeit. Zweckmäßigkeit und Rechenhaftigkeit innerhalb der Sphäre des individuellen Kapitals, innerhalb des Betriebes und der Unternehmung. Maßnahmen der Nationalisierung können so allgemeiner Art sein, daß alle Betriebe von ihnen Vorteil haben. Man ist deshalb leicht geneigt in Bewegungen, wie die der Normierung, Normalisierung und Typisierung, der Zentralf-

ferung des Verkehrswezens und ähnliches, die seit etwa 1870 einsehen, eine Rationalisierung auch in volkswirtschaftlichem Maßstab zu sehen.

Aber gerade das Fehlen des volkswirtschaftlichen Gesichtspunktes macht eine der Schranken deutlich, die schon dem Programm der Rationalisierung im Zeitalter des Kapitalismus entgegenstehen. In ihr können wohl Betriebe, nicht aber die gesamte Wirtschaft rationalisiert werden. Diese Beschränkung auf den privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt ist die Ursache, daß die technische Vernunft heute nirgends Konsequenzen zieht, die über den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise hinausgehen.

Das theoretische Programm der Rationalisierungsbewegung von heute wendet sich also nur mit den erwähnten Forderungen der Arbeit und dem Betrieb zu und betrachtet die eventuell eintretenden günstigen volkswirtschaftlichen Wirkungen als erwünschte Nebenresultate, die sich für die Agitation gut verwenden lassen. Zu einem primär volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt kommt die kapitalistische Rationalisierung nicht, dazu sind ihre inneren Widersprüche zu groß.

Der alleinige Antrieb in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ist eben der Profit. Für den Kapitalisten ist nicht das Entscheidende die höchstmögliche Produktivität der Wirtschaft, das Entscheidende ist das lukrative Geschäft, die Rentabilität der Unternehmung. Rentabilität und Produktivität widersprechen sich nicht. Man wird annehmen können, daß ein auf hoher Stufe der Produktivität stehender Betrieb auch hohen Profit abwirft. Aber die Methoden der Rationalisierung sind nicht die einzigen Methoden zur Erreichung hoher Rentabilität. Im Programm der Profitmacherei stehen noch eine Reihe anderer, verbreiteter Mittel. An erster Stelle steht die Intensivierung, die einfache Beschleunigung der Arbeit, die Antreiberer, mag sie erfolgen auf dem Wege des Lohnanreizes durch Prämien- und Akkordlöhne oder auf dem Wege des Penjums und des laufenden Bandes oder auch auf dem Wege der Drohung mit Gewalt. An zweiter Stelle steht erhöhte Ausbeutung der Arbeiter durch Herabsetzung der Löhne oder Heraufsetzung der Arbeitszeit. Weitere Mittel zur Erhöhung der Rentabilität sind die Verschlechterung der Qualität der Rohstoffe und der Fertigfabrikate, Erhöhung der Preise, eventuell durch Kartelle oder Zollschuß u. a. m. Die Anwendung dieser Mittel ist in hochentwickelten Industriestaaten beschränkt durch die Macht der Arbeiterschaft und durch die soziale Gesetzgebung. Aber die Schranken sind noch weit genug, um die Anwendung verdienstlich erscheinen zu lassen. Wo es möglich ist, entziehen sich die Kapitalisten diesen Schranken. So sieht die amerikanische Textilindustrie vor ihrer eignen Parole „Hohe Löhne, niedrige Preise“ nach dem Süden der Vereinigten Staaten, um in Nord- und Südamerika ein Paradies der Ausbeutung zu eröffnen.

Die Rationalisierung bedeutet eine Verschärfung der Konkurrenzverhältnisse, eine Erziehung neuer und eine Zerlösung bestehender Rentabilitäten. Im Streben, die bedrohte Rentabilität zu retten, kommen nun alle Methoden zur Anwendung, die die Rentabilität steigern oder erhalten. Wenn in einem Unternehmen rationalisiert wird, wird in einem andern intensiviert, in einem dritten die Arbeitszeit verlängert, in einem vierten die Qualität verschlechtert. Keine Methode ist in der kapitalistischen Wirtschaft verboten. Wenn auch manche Methoden auf die Dauer nicht helfen, als Ausweg aus einer aktuellen Not werden sie versucht.

Durch diese Betrachtung wird uns der zwiepsältige Charakter der kapitalistischen Praxis der Rationalisierung verständlich. Die Rationalisierung, die in ihrer Theorie ausdrücklich keine Verstärkung des Drucks auf die Arbeiter, keine bloße Intensivierung der Arbeit, keine Verschlechterung der Qualität des Produktes, keine Verlängerung

der Arbeitszeit, keine Herabdrückung des Lohnes, keine preisverhörende Kartellierung und keine Ausbeutung der halbkolonialen Völker will, wird in der kapitalistischen Wirtschaft zum direkten Anlaß zur verstärkten Anwendung dieser Methoden. Indem die Rationalisierung die Grundzüge der technischen Vernunft verwirklicht, muß sie in der kapitalistischen Wirtschaft zugleich ihr Gegenteil verwirklichen, das verwerfliche, was sie bekämpft. Man muß diese Erscheinungen als einen unlösbaren Wirkungszusammenhang sehen. Der zwiepsältige und gegensätzliche Charakter dieses Wirkungszusammenhanges ist gemeint, wenn von kapitalistischer Rationalisierung gesprochen wird.



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Georg Fäth in Mainz
Eingetreten: Februar 1878
Malinger Verlagsanstalt



D. Börmann in Hamburg
Eingetreten: 25. Februar 1878 in
Bremen, „Hamburger Nachrichten“



In diesem zwiepsältigen Charakter der kapitalistischen Rationalisierung liegt auch die tiefere Begründung des ausschließlich privatwirtschaftlichen Gesichtspunktes im Programm der Rationalisierung. Es gibt im Kapitalismus keine Volkswirtschaft, an die Forderungen zu stellen wären, es gibt nur eine Summe von Privatwirtschaften, von denen jede ihre Rentabilität erstrebt. In solcher Wirtschaft kann sich die alte technische Vernunft nur durchsetzen durch das Medium des privatwirtschaftlichen Vorteils.

Von hier aus können wir die Problematik, die die Rationalisierung darbietet, völlig übersehen. Wir versuchen, die Rationalisierung in ihrer reinen, vom Kapitalismus unberührtesten Gestalt zu erfassen, als Idee, als Verwirklichung und Wachstumsprozess der wissenschaftlichen und technischen Vernunft. Zu dieser Idee muß Stellung genommen werden in sozialphilosophischen Gedankengängen. Es wird eine Entscheidung darüber zu fällen sein, ob eine künftige Wirtschaft von den Prinzipien der Planmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Rechenschaftigkeit, von den Grundzügen der Arbeitsteilung, der Maschinenierung und ähnlichem beherrscht sein soll.

Dann die Rationalisierung als das wissenschaftlich-technische Programm des kapitalistischen Zeitalters. Zu ihm wird die Arbeiterschaft in praktisch-sachlicher Arbeit und

Diskussion Stellung nehmen müssen. Es geht hier um die wissenschaftliche Fundierung der Forderungen nach besserer Arbeitsbedingungen und geringerer Arbeitsqual.

Endlich haben wir den grundsätzlichen und widerspruchsvollen Charakter der Rationalisierung als Bewegung, die kapitalistische Rationalisierung. Sie ist eine politische und wirtschaftliche Tatsache, der gegenüber eine politische und gewerkschaftliche Stellungnahme gefordert ist. Die Arbeiterschaft wird versuchen müssen, den kulturwidrigen, arbeitser- und konsumentenfeindlichen Methoden zur Erhöhung der Rentabilität durch die Macht ihrer Organisationen und durch die Macht des Staates immer enger Grenzen zu ziehen und schließlich mit dem Übergang zu sozialistischen Wirtschaftsprinzipien die Zwiespältigkeit der kapitalistischen Rationalisierung überhaupt zu überwinden. R. E.

Die Kosten der Technischen Nothilfe

Am Ende des Jahres 1927 gab der Reichsinneminister v. Reubell eine Denkschrift über die Organisation und den Einfluß der Technischen Nothilfe in den Jahren 1925 und 1926 heraus. Die Denkschrift sollte die Notwendigkeit der Teno beweisen. Sie wurde auf Grund eines Beschlusses des Reichstags vom Reichsinneminister herausgegeben. Wenn die Reubellsche Denkschrift etwas beweist, so das, daß die Teno nicht nur eine höchst ineffiziente Organisation ist, sondern auch, daß sie für das Reich und die Steuerzahler zu einer kostspieligen Einrichtung wurde. Im Reichstag haben die Sozialdemokraten auch im Namen der freien Gewerkschaften bereits bei der vorjährigen Eratberatung gegen die Bewilligung der Mittel für die Teno gestimmt, sie haben damit zugleich den Abbau der Teno gefordert. Die Arbeit der Teno ist um die Hälfte zurückgegangen, die Kosten aber sanken nur um ein Viertel.

Da der Reichstag wieder vor der Eratberatung steht und sich entscheiden muß, ob die Teno weiterbestehen soll oder nicht, muß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf einige wichtige Zahlen der Teno gelenkt werden.

In der Denkschrift wird zwar behauptet, daß die Technische Nothilfe von 1925 auf 1926 einen radikalen Abbau durchgemacht habe, aber bei näherem Betrachten ist festzustellen, daß die Kosten in Wirklichkeit im Verhältnis gestiegen sind. Während dem Reich 150 Einfallstellen der Teno im Jahre 1925 über 3 695 000 M. kosteten, wobei 5077 Nothelfer mit 152 552 Arbeitsstunden beschäftigt waren, kosteten dem Reich 81 Einfallstellen der Teno im Jahre 1926 genau 2 850 000 M., wobei 2785 Nothelfer mit 61 607 Arbeitsstunden beschäftigt waren. Bei diesem Verhältnis spricht Herr v. Reubell noch von einem Abbau, obwohl das Reich für eine Arbeitsstunde der Teno im Jahre 1925 etwa 24 M., im Jahre 1926 dagegen rund 60 M., also mehr als das Doppelte, ausgeben muß! Wir sehen an diesen beiden Vergleichen, wie die Ministerialbürokranten zu rechner verfahren. Hier ist ein Beweis, wie der Reichsloft die Sparmaßnahme auffaßt, wie er nicht spart, wenn es gegen das arbeitende Volk geht!

Die Teno ist ein Abergeldsel aus politisch und wirtschaftlich bewegten Zeiten. Hatte sie früher schon keine Daseinsberechtigung, so ist sie heute erst recht überflüssig, und es wäre endlich an der Zeit, wenn sich im Reichstag eine Mehrheit fände, die die Teno abtaue. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie werden nach wie vor im Interesse der gerade in diesem Jahre zahlreich bevorstehenden Arbeitskämpfe für die restlose Beseitigung der Teno eintreten. Wenn die Teno und ihre Wirken augenblicklich auch nicht offensichtlich in Erscheinung treten, so ist sie doch ein Instrument der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, das in Zeiten der Hochpannung mit höchster Aktivität in die Arbeitskämpfe gegen die Arbeiter eingeseht werden kann.

Wirtschaftspolitische Theorien

VII.

Zusammenfassung und Kritik

Die sozialistische Wirtschaftslehre hat nicht schlechthin die Arbeiten bürgerlicher Gelehrten verworfen, sie beruht vielmehr auf den Untersuchungen von Adam Smith und David Ricardo. In allen Definitionen der bürgerlichen Gelehrten wird kapitalist, eine „Volkswirtschaft“ zu konstruieren. „Volkswirtschaft“ soll die Wirtschaft eines Volkes sein. Gibt es denn überhaupt die Wirtschaft eines Volkes? Nein, es kann keine „Volkswirtschaft“ im Sinne der bürgerlichen Gelehrten, solange das Privateigentum besteht, geben. Volkswirtschaftslehre, Nationalökonomie, Sozialökonomie, Sozialökonomie und politische Ökonomie sollte unter den jetzigen Verhältnissen Privatekonomik genannt werden, denn diese Lehren sind nur um des Privateigentums willen da. Die Nationalökonomie ist entstanden, weil die Regierungen der modernen Staaten die Wissenschaft brauchten, weil die Erziehung einer „Wissenschaftslehre“ als Wissenschaft im Interesse des Glaubens an die Mission des bürgerlichen Staates lag. Die bürgerliche Nationalökonomie ist nichts mehr und nichts weniger als der offizielle wissenschaftliche Anwalt der Kapitalherrschaft. Die kapitalistische Wirtschaft kennt keinen Plan, keine bewusste Regelung. Die bürgerliche Wissenschaft hat kein besonderes Interesse daran, die Wahrheit der Gesetze der allgemeinen Wirtschaftsweise zu enthüllen, da sie damit auch zugleich die Vergänglichkeit des Kapitalismus offenbaren müßte.

Die Verschiedenheit der nationalökonomischen Terminologie beruht auf der verschiedenen Grundanschaffung, die

sich die Autoren von dem Problem der Nationalökonomie gebildet haben. Es ist selbstverständlich, daß die subjektivistischen Auffassungen der Grenznutztheoretiker, die in der Erklärung des individuellen Tausches die Aufgabe ihrer Wissenschaft erblicken, einer ganz andern Terminologie entspricht, als etwa die Auffassung von Karl Marx, die das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft erforscht. Nach Marx gelten die ökonomischen Gesetze nicht gleichmäßig für alle Stufen des wirtschaftlichen Entwicklungsganges, vielmehr hat jede Wirtschaftsepoche ihre besonderen Tendenzen und Existenzbedingungen.

Verschiebungen im wirtschaftlichen Leben der Völker Europas waren am Ausgang des Mittelalters am Werk, um den Einzug einer neuen Wirtschaftsweise zu ermöglichen. Die Physiokraten bildeten die erste nationalökonomische Schule, sie will den Mehrwert erklären, ihr ist die Agrikultur die einzige Bildnerin desselben. Deshalb sahen sie das Wesen der kapitalistischen Produktion in der Produktion des Mehretwertes. Nähere Untersuchungen, wie sich der durch Bodenbau erzeugte Mehretwert ergibt, stellten sie jedoch nicht an. Die Kapitalisten sind nach ihnen nur Kapitalisten im Interesse des Grundeigentums, ganz wie die weiter entwickelte Nationalökonomie sie nur Kapitalisten im Interesse der arbeitenden Klasse sein läßt.

Die Nationalökonomie entstand als natürliche Folge der Ausdehnung des Handels und wurde ausgebildetes System der Bereicherungswissenschaft. Im Merkantilismus ist der Hauptpunkt die Theorie der Handelsbilanz. Die ganze Kunst des Ökonomen bestand also darin, dafür Sorge zu tragen, daß am Ende jeden Jahres die Ausfuhr eine günstige Bilanz gegen die Einfuhr gebe. Tatsächlich hat man um dieser lächerlichen Illusionen willen Tausende von

Menschen in den Kreuzzügen und Inquisitionen des Handels hinführen lassen. So ungefüßig die Lehre ist, so stellt sie dennoch den ersten Bruch mit den Anschauungen der feudalen Naturalwirtschaft, das erste Programm einer Staatspolitik des jungen aufstrebenden Bürgertums, dar.

Das achtzehnte Jahrhundert, das Jahrhundert der Revolution, revolutionierte auch die Nationalökonomie. Sie nahm humanitären Charakter an und verkündete laut und vernünftig den Abscheu gegen den blutigen Schreden des Merkantilismus. Adam Smiths Lehren waren so recht das ökonomische Evangelium des Bürgertums und geeignet, das Werk bürgerlicher Welterneuerung zu sein. Stellten doch die Lehren von Smith und Ricardo durch den Sturz des Merkantilismus mit seinen Monopolen und Werteschemungen einen ungeheuren Fortschritt dar. Dazu war die klassische Nationalökonomie für das Bürgertum das Mittel, ihr Klassenbewußtsein zu wecken, Ansporn zu revolutionärer Tat, und endlich unternahm sie ihr Bestes, die Gesetze des Eigentums zu entwickeln.

Die Schnelligkeit der sozialen Entwicklung ließ eine ökonomische Lehre bald veraltet erscheinen; neue Systeme, die den veränderten Verhältnissen besser angepaßt waren, tauchten auf. Himmelsstürmer waren die Vertreter der Nationalökonomie zu Beginn des Kapitalismus. Als wesentlich Neues an ökonomischen Gesetzen nicht mehr zu entdecken war, wandte sich die Nationalökonomie der Geschichte zu. Ihre Vertreter vermochten keine Wiederbelebung auf die frühere Höhe der klassischen Nationalökonomie zu bewirken, um schließlich die Möglichkeit einer theoretischen Nationalökonomie überhaupt zu negieren. Gewiß hat die historische Schule manche nützliche, aufklärende Arbeit über den Kapitalismus geliefert; doch

Interessant ist aus dem Bericht, daß durch „Werbung von Transportmitteln Vorkehrungen getroffen wurden, daß die einberufenen Rothelfer schnellstens zu den Einsatzstellen beordert werden konnten“.

Aus der Zusammenstellung der Teno ist zu berichten: Die Zahl der Landesbezirke ist im Laufe der Zeit von 17 auf 13 „vermindert“ worden, die Zahl der Landesunterbezirke, die im Mai 1920 einen Höchststand von 90 erreicht hatte, sank auf 39 nach dem Stände vom April 1926. Im Jahre 1923 betrug die Zahl des hauptamtlichen Personals 446, 1924: 388, 1925: 371 und 1926: 327. In den Jahren 1925 und 1926 gab es etwa 2000 Rothelferzotgruppen. Der Rothelferbestand hatte im Jahre 1924 mit rund 450 000 Rothelfern seine höchste Zahl erreicht. Am 1. Januar 1925 betrug der Mitgliederbestand insgesamt 421 000, am 1. Januar 1926: 348 000 und am 1. Januar 1927: 336 000. Für den Rückgang der Mitgliederzahlen werden in dem amtlichen Bericht die verschiedensten Erklärungen gegeben, die hier unwesentlich sind.

Aber die Zusammenlegung der Teno sagt der amtliche Bericht im Tone der Überheblichkeit (ein neuer Bemerkel, daß die Teno ein Instrument gegen Arbeiter sein soll), daß sie „durchaus ihrem unparteilichen und sachlichen Charakter entsprechend“ zusammengestellt sei. Die Zusammenlegung für die Jahre 1925 und 1926 ergab folgendes Bild: 22 Proz. des Bestandes sind Landwirte, 21 Proz. Techniker, 16 Proz. Angehörige freier Berufe, 13 Proz. Handwerker, 12 Proz. Frauen der verschiedensten Berufe, 10 Proz. Arbeiter und 6 Proz. Studenten und Schüler. Von besonderer Wichtigkeit ist, wie oft die Teno in die Arbeitskämpfe eingriff und so — unter dem Scheine des „Dienstes an der Allgemeinheit“ — immer den Unternehmern half, die die Schuld an den Arbeitskämpfen trugen. Nach der Reudelschen Denkschrift griff die Teno in den Jahren 1925 und 1926 in fast dreißig Fällen „bei Streiks bzw. Ausperrungen“ ein. Die Gesamtzahl der Belegschaftsstärke jener Betriebe, in denen die Teno eingegriff wurde, betrug 9713. Davon waren am Streik bzw. an der Ausperrung 8944 beteiligt, also rund 90 Proz. Dieser Prozentsatz beweist die Geflossenheit und Solidarität der Arbeiter, wenn es Arbeitskämpfe zu führen gilt. Um so trauriger ist es, daß die Teno fast hunderttausend Streikbrecherarbeitsstunden leistete, das ist die runde Hälfte aller in den Jahren 1925 und 1926 von der Teno geleisteten Arbeitsstunden.

Bei Bränden wurde die Teno während der Jahre 1925 und 1926 in mehr als fünfzig Fällen eingesetzt und bei Hochwasser in fast sechzig Fällen. Es mag sein, daß hier die Teno mitgeschaffen hat, bestimmte Werte der Volkswirtschaft zu retten; es fragt sich aber, ob diese Werte nicht auch ohne Teno von den Feuerwehren und andern freiwilligen Helfern und Einrichtungen gerettet worden wären. Bestimmt wiegen die geretteten Werte die Millionenausgaben des Reiches nicht auf, wie aus einer besonderen, der Reudelschen Denkschrift beigefügten Erklärung deutlich hervorgeht.

Immer aber bleibt die Teno eine Gefahr für die Arbeiterschaft. Innerhalb der Arbeiterschaft besteht noch immer die begründete Annahme, daß die Teno vor allem als Reserve in den Arbeitskämpfen benutzt und eingesetzt wird, wenn es den „maßgebenden Stellen“ nötig erscheint.

Um eine solche Truppe zu halten, sollte man die Gelder der Allgemeinheit nicht benutzen dürfen. Wer an dieser Einrichtung Interesse hat, soll sie auch bezahlen; die Allgemeinheit hat auf alle Fälle das geringste Interesse. Die Teno arbeitet für die Kapitalisten, sie fällt den Arbeitern in den Rücken, sie schützt auf der andern Seite die Versicherungsgesellschaften vor Schaden — die Arbeiter aber werden von ihr direkt benachteiligt. Es wird wirklich hohe Zeit, daß mit dem Aufzug der Teno Schluss gemacht wird.

war sie nicht imstande, auch nur ein einziges grundlegendes Werk hervorzubringen. Sang- und klanglos ist die einst mit großem Schwung eingeführte Schule in der Verrentung verschwunden. Aberflüssig, so sagen, daß sie mit ihren Anschauungen den Sozialismus weder entwirren noch revidieren konnte, sie stand vielmehr den Lehren des Sozialismus geradezu hilflos gegenüber.

Und nun zur Unzulänglichkeit der Grenznutzentheorie. Die physiologische Schule, die einst ausgezogen war, exakte Gesetze der Wirtschaft aufzustellen, endete in unrlümlischer Ohnmacht. Erklärt hat sie gar nichts, ihr blieben die Aufgaben der Nationalökonomie als Wissenschaft fremd, da sie die wesentlichen Aufgaben der Nationalökonomie beiseite ließ und sich darauf beschränkte, subjektive Schätzungen aus der Seele des einzelnen anzustellen. Hierbei befand sich die Grenznutzentheorie als Theorie auf der einen, die kapitalistische Wirtschaft als reale Tatsache auf der andern Seite. Böhm-Bawerk hat nicht verstanden, darzulegen, daß der von Marx formulierte Wertbegriff falsch sei. Unhaltbar ist sein Einwand, daß kein realer Grund vorhanden ist bei der Gegenüberstellung von Waren, diese vom Gebrauchswert und andern Eigenschaften zu abstrahieren und bloß die Eigenschaft als Arbeitsprodukt als Wertfestlegung zu nehmen. Wenn er folgert, daß durch Ausschließen jener Eigenschaften, auch die Eigenschaft, Arbeitsprodukt zu sein, ebenjot ausgeschlossen werden kann und alle andern Eigenschaften bei den Waren ebenso gemeinsam anzuerkennen sind, wie die als Arbeitsprodukte, so ist zu entgegnen, daß ein Gut deshalb noch nicht zur Ware wird, weil es ein Arbeitsprodukt ist, erst die Beziehung im Austausch macht das Gut zur Ware. Die Arbeit ist aber das gesellschaftliche Band, das die Gesellschaft bei ihrem Be-

Wo die Teno in Arbeitskämpfen eingesetzt wurde, ergab sich u. a. folgendes:

Einsatzstellen	geleitete Arbeiter-Funkten	Zahl der Rothelfer	Zahl der im Arbeitskämpfe Beteiligten	
Messel bei Darmstadt (Grube)	2	31 896	815	652
Berlin-Magbit (Malerlei-Volle)	8	4 012	138	798
Wilmshaus (Brauererei)	1	11 085	157	2325
Wrohm-Berlin (Eisenbahn)	14	10 210	602	1362
Wrohm (Eisenbahn)	4	15 304	388	238
Wrohm (Eisenbahn, Federl.)	1	1 150	12	60
Wrohm (Eisenbahn)	1	1 823	10	108
Wrohm (Eisenbahn)	1	2 268	5	55
Wrohm (Eisenbahn)	3	175	4	12
Wrohm (Eisenbahn)	1	288	12	40
Wrohm (Eisenbahn)	3	5 688	207	211
Wrohm (Eisenbahn)	1	18	4	25
Wrohm (Eisenbahn)	1	281	18	28
Wrohm (Brauererei)	4	377	26	204
Wrohm (Brauererei)	2	164	9	168
Wrohm (Brauererei)	1	69	4	60
Wrohm (Eisenbahn)	1	94	1	10
Wrohm (Eisenbahn)	3	887	10	57
Wrohm (Eisenbahn)	1	278	2	0
Wrohm (Eisenbahn)	1	649	18	60
Wrohm (Eisenbahn)	1	1 072	25	27
Wrohm (Eisenbahn)	1	85	4	103
Wrohm (Brauererei)	4	1 086	78	922

Wenn man diese Zahlen liest, nimmt es nicht wunder, daß die arbeitserfindliche Rechtsmehrsheit des Reichstages noch immer an der Teno festhält. Wir aber rufen: Schluss mit der Technischen Nothilfe, die eine geradezu unwürdige Einrichtung ist. Sie ist ein Verrat an den oft erbittert kämpfenden Arbeitern, die jeden Tag von ihr bedroht sind. Es handelt sich nicht allein um die Gefahr für die Arbeiter! Es handelt sich auch um die sehr teure Spielerei, mit der sich noch immer eine große Zahl höherer Beamten beschäftigt. Dazu kommt, daß im Durchschnitt ein Einsatz der Teno im Jahre 1925 etwa 24 000 M. und im Jahre 1926 — nach dem Abbau, wie ihn Herr v. Reudell rühmt — etwa 30 000 M. kostete.

Die Zuschüsse, die in den Ländern gezahlt werden, sind da noch nicht einmal berechnet. Auch die Länder sollten der Teno die Mittel verweigern. Wenn man die Zahlen der Teno liest und sie vergleicht, mag noch einer sagen, der Rechtsblock verstände nicht zu rechnen! Wenn das für die Teno aufgewendete Geld an die an den Arbeitskämpfen der Jahre 1925 und 1926 beteiligt gewesenen Arbeiter gezahlt worden wäre, gegen die die Teno eingesetzt wurde, wäre es bestimmt nie zu einem Streik gekommen. Fast zehntausend Arbeiter hätten sechs und eine halbe Million Mark bekommen können. Das wären durchschnittlich 650 M. pro Kopf gewesen. Ein ganz beträchtlicher Betrag für einen Arbeiterhaushalt während zweier Jahre, der manche Sorgen behoben hätte. Aber so rechnet die Reaktion nicht.

Den Arbeitern könnte es zu wohl gehen, man beschneidet der Sozialpolitik die Mittel, man bekämpft sie nicht nur ideell, sondern auch materiell. Dafür aber hält man die Arbeiter nieder entweder mit Mitteln der Gewalt oder „mit gesetzlichen Mitteln“, wie die Teno eines ist — auch wenn Millionen dafür verausgabt werden müssen.

Wäre es nicht viel besser, die mehr als sechs Millionen für die Teno dem Sozialetat zuzufügen zu lassen?

Bringt man in diesem Zusammenhang noch den gigantischen Reichsrecht in Erinnerung — nach den gesetzlichen Vorschriften kann die Reichswehr auch als Teno eingesetzt werden —, so steht man eben noch deutlicher, daß die Reaktion eine tolle und vernunftwidrige Witzschal treibt, die nur durch die Herrschaft des Sozialismus beiseite getrieben werden kann. Solange aber der Sozialismus nicht triumphieren kann, müssen wir in Einzelkämpfen für die Freiheit auch der Arbeitskämpfe sorgen — darum fort mit der Technischen Nothilfe.

Apolda, Johannes Müller.

stande erhält, nur die Arbeit kann das Prinzip des Wertes sein, so ist die Realität des Marzchen Wertgesetzes gegeben. Steht man die Grenznutzlehre und die Arbeitswertlehre einander gegenüber, so zeigt sich überall die Überlegenheit und Klarheit der letzteren in der Erklärung der wirtschaftlichen Erscheinungen. Es beweist gar nichts, daß manche Sozialisten mit der Grenznutzlehre liebäugelten und bereit waren, sie anzuerkennen. Es handelt sich im Streit zwischen den subjektivistischen Lehren und den Lehren von Karl Marx nicht um Methoden, die einander ergänzen, sondern um grundverschiedene Auffassungen des gesellschaftlichen Lebens, die einander ausschließen.

Das Werk von Karl Marx ist seit seinem Erscheinen von den jüngsten „Volkswirtschaftlern“ wiederholt kritisch „vernichtet“ worden. Trotzdem hat es verschiedene ökonomische Schulen kommen und gehen sehen. Das „Kapital“ ist das bedeutendste wirtschaftstheoretische Werk, das seinen Einfluss bis auf die heutige Zeit bewahrt hat. Als die neue Lehre auftrat, stand sie den damaligen Zeitgenossen und der Nationalökonomie einseitig und fremd gegenüber. Die bürgerliche Gesellschaft konnte diese Lehre, die die Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt einer ihr eigentümlichen wirtschaftlichen Funktion darlegte, nicht verstehen. Erst die organisierte Arbeiterschaft verwarf der neuen Lehre zur Anerkennung und erfüllte die Arbeiter aller Länder mit sozialistischem Geiste. Was nun zu folgen hat, ist die Umfegung der Lehre in die Tat, d. h., die Umwandlung der kapitalistischen Produktion durch die Organe der Gesellschaft für die Gesamtheit der Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der die Klassen aufgehoben sind.

Hermann Kruse.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Arbeitsbescheinigungen und Arbeitslosenunterstützung

Der Arbeitslose, der Anspruch auf Unterstützung erhebt, hat glaubhaft zu machen, daß und wie lange er in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden hat. Er hat ferner die Höhe seines Arbeitsentgelts in den letzten drei Monaten und den Grund, aus dem sein letztes Arbeitsverhältnis gelöst worden ist, darzulegen. Ebenso muß die Zahl der zufallsberechtigten Familienangehöriger nachgewiesen werden. Die Nachweisung über das letzte Arbeitsverhältnis kann und wird in der Regel durch Vorlage einer Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers geschehen. Die Reichsanstalt hat deshalb ein amtliches Muster einer Arbeitsbescheinigung herausgegeben. Zur Ausstellung einer Arbeitsbescheinigung ist der Arbeitgeber verpflichtet. Absatz 2 des § 170 sagt: „Wer als Arbeitgeber einen Versicherten beschäftigt hat, hat ihm nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Verlangen eine Bescheinigung auszustellen, aus der Art, Beginn, Ende und Lösungsgrund des Arbeitsverhältnisses sowie die Höhe des Arbeitsverdienstes und einer antätlich des Ausscheidens aus der Beschäftigung etwa gewährten Abfindung oder Entschädigung hervorgeht.“ Das Arbeitsamt kann aber auch von sich aus Ermittlungen jeder Art mit Ausschluß eiblicher Vernehmungen anstellen. Alle Behörden und Privatpersonen haben dem Arbeitsamt die Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung des Unterstützungsverfahrens erforderlich sind. Der Arbeitgeber kann also auch auf diesem Wege veranlaßt werden, dem Arbeitsamt die notwendigen Unterlagen zu geben, das wird meistens dann der Fall sein, wenn die Ausstellung der Arbeitsbescheinigung überhaupt verweigert wird. Nach § 200 können die Spruchinstanzen gegen Privatpersonen (also auch Arbeitgeber), die diese Auskünfte verweigern, eine Ordnungsstrafe bis zu 150 M. verhängen.

In der Praxis wird es nun häufig vorkommen, daß über den Inhalt der Arbeitsbescheinigung Streit zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsteht. Sei es über die Dauer des Arbeitsverhältnisses, über die Höhe des gezahlten Entgelts oder den Grund der Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Von besonderer Bedeutung für die Gewährung der Unterstützung ist der Auflösungsgrund. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer unfreiwillig arbeitslos ist. Wer seine Arbeitsstelle ohne wichtigen oder ohne berechtigten Grund aufgegeben oder durch ein Verhalten, das zur stillen Entlassung berechtigt, verloren hat, erhält für die ersten vier Wochen keine Arbeitslosenunterstützung. Die Frist kann je nach Lage des Falles bis auf zwei Wochen verlängert werden.

Wer demnach seine Arbeitsstelle freiwillig aufgibt, wird in der Regel bis zu vier Wochen nicht unterstützt werden, weil eigenes Verschulden vorliegt. Hat er jedoch einen wichtigen bzw. berechtigten Grund zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses, so entfällt die zeitliche Sperrung der Unterstützung. Für gewerbliche Arbeiter kommt als wichtiger Grund insbesondere der § 124 der Gewerbeordnung in Frage. Hier heißt es:

- 1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;
- 2. wenn der Arbeitgeber oder sein Vertreter sich Tätlichkeiten oder arabe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder gegen ihre Familienangehörigen zuschulden kommen lassen;
- 3. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verurteilt oder zu verurteilen verurteilt oder mit den Familienangehörigen der Arbeiter Bandlungen begehen, welche wider die Gesebe oder die guten Sitten laufen;
- 4. wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Stillstand nicht für ihre ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Übervertretungen gegen sie schuldig macht;
- 5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter einer erheblichen Gefahr ausgesetzt sein würde, welche bei Einleitung des Arbeitsvertrags nicht zu erkennen war.

In den unter Ziffer 2 gedachten Fällen ist der Austritt aus der Beschäftigung nicht mehr zulässig, wenn die zugrunde liegenden Tatsachen dem Arbeiter länger als eine Woche bekannt sind.

Für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker kommt insbesondere der § 138d GO., für kaufmännische Angestellte § 71 des Handelsgesetzbuches in Frage.

Neben dem wichtigen Grund läßt das Gesetz aber noch den berechtigten Grund zur Aufgabe der Arbeitsstelle zu. Als berechtigter Grund zählt nach § 90, 1. wenn für die Arbeit nicht der tarifliche oder, soweit ein solcher nicht besteht, der im Beruf ortsbilliche Lohn gezahlt wird; 2. die Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit oder seinem körperlichen Zustand oder mit Rücksicht auf sein späteres Fortkommen nicht zugemutet werden kann; 3. die Unterernst gesundheitslich oder sittlich bedenklich ist; 4. die Versorgung der Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist.

Hat der Arbeiter dem Arbeitgeber jedoch einen wichtigen Grund zur Entlassung gegeben, so tritt die Unterstützungsverweigerung bis zu vier Wochen ein. Für gewerbliche Arbeiter kommt hierfür insbesondere § 123 GO. in Betracht. Hier heißt es:

- 1. wenn die bei Fortsetzung des Arbeitsvertrags den Arbeitgeber durch Verweigerung weiterer Lohnen oder anderer Vorteile ein Schaden andern, die gleichzeitige Verletzung des Arbeitsverhältnisses in einen Streit verwickeln;

2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung eines Vermögens oder eines fieseren Lebenswandels sich schuldig machen;
3. wenn sie die Arbeit unehrlich verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;
4. wenn sie der Verwahrung ungeschickt mit Feuer und Licht unvorsichtig umgehen;
5. wenn sie sich Zügellosigkeit oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Vertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen;
6. wenn sie einer vorläufigen oder rechtskräftigen Sachbescheidung zum Nachteil des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters sich schuldig machen;
7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter zu Handlungen verleiten oder zu verletzlichen Verletzungen oder mit Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Sitten oder die guten Sitten verstoßen;
8. wenn sie zur Fortführung der Arbeit unfähig oder mit einer abkürzenden Krankheit behaftet sind.

In den unter 1-7 abgedachten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zur Grunde liegenden Tatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind.

Für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker ist § 133c G.D., für kaufmännische Angestellte § 72 HGB. zu beachten.

Wird die Arbeitslosigkeit durch einen inländischen Ausstand oder einer inländische Ausperrung verursacht, so wird während deren Dauer keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Ist die Arbeitslosigkeit durch Ausstand oder Ausperrung nur mittelbar verursacht, so sind die Arbeitslosen zu unterstützen, wenn die Verweigerung der Unterstützung eine unbillige Härte wäre.

Darüber, ob ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung vorliegt, werden häufig Meinungsverschiedenheiten bestehen. In diesen Fällen wird es durchweg einer arbeitsgerichtlichen Feststellung bedürfen, ob der wichtige Grund vorlag. Der Arbeitnehmer kann sowohl auf Erteilung einer Arbeitsbefreiung als auch auf Verhängung einer erteilten Befreiung klagen. Das Arbeitsgericht Baunhagen hat am 18. November v. J. auf die Klage eines Arbeiters auf Verhängung der Arbeitsbefreiung, in der angegeben war, daß die Arbeit niedergelegt sei, entschieden, daß die Arbeitsbefreiung nach dem Klageantrag dahin zu berücksichtigen ist, daß der Grund der Auflösung des Arbeitsverhältnisses unregelmäßige Lohnzahlung war.

Wichtig ist, daß das Urteil des Arbeitsgerichts oder eines Tarifschiedsgerichts, ob ein Arbeitsloser aus einem zur fristlosen Kündigung berechtigenden Grunde oder aus einem nach § 90 berechtigenden Grunde oder infolge eines Verhaltens, das zur fristlosen Entlassung berechtigt, seine Stellung verloren hat, für den Vorstehenden des Arbeitsamts und die Spruchbehörden bindend ist. Der Vorstehende des Arbeitsamts braucht allerdings die Entscheidung des Arbeitsgerichts nicht abzuwarten. Daß sich seine Entscheidung nicht mit dem obliegenden Urteil des Arbeitsgerichts, so muß Einspruch beim Spruchauschuss eingelegt werden. Der Spruchauschuss muß nun auf Grund des arbeitsgerichtlichen Urteils die Unterstützung zusprechen. Der Einspruch gegen die Entscheidung des Vorstehenden ist erst zulässig, wenn eine rechtskräftige Entscheidung der Arbeitsgerichtsbehörde oder des Schiedsgerichts vorliegt. Die Einspruchfrist von zwei Wochen beginnt in diesem Falle erst mit der Zustellung der rechtskräftigen Entscheidung oder mit der Mitteilung des Arbeitslosen an den Spruchauschuss, daß der Rechtsstreit ohne rechtskräftige Entscheidung (Vergleich usw.) erledigt ist.

Ein Schadenersatzanspruch wegen Verweigerung der Arbeitsbefreiung oder unrichtiger Ausstellung ist an sich möglich. Er muß natürlich nachgewiesen werden. Der Arbeitslose muß aber auch den Schaden abzuwenden suchen, z. B. durch Anrufung des Arbeitsamts und nötigenfalls des Arbeitsgerichts. Das schon oben zitierte Arbeitsgericht Baunhagen hat der Klage des Arbeiters auf Verhängung der Arbeitsbefreiung stattgegeben, dagegen den Schadenersatzanspruch abgewiesen, und zwar mit folgender Begründung: „Dagegen konnte dem weiteren Antrage, den Beklagten zur Zahlung von 25 M. Schadenersatz zu verurteilen, nicht stattgegeben werden. Es ist nicht erwiesen, daß dem Kläger durch die Ausstellung des unvollkommenen Zeugnisses ein Schaden entstanden ist. Wenn der Grund, der zur Auflösung des Arbeitsvertrages geführt hat, den Anspruch auf Zahlung der Erwerbslosenunterstützung begründet, so steht dem Kläger dieser Versicherungsanspruch auch dann zu, wenn er ihn auch zunächst infolge des unvollkommenen Zeugnisses nicht nachweisen kann. Die Versicherungssumme muß auch dann gezahlt werden, wenn der Anspruch darauf erst verspätet nachgewiesen wird. Der Kläger könnte also höchstens einen Schadenersatz wegen verspäteter Auszahlung geltend machen, jedoch ist ein solcher Schaden weder behauptet noch bewiesen worden.“

F. L. o.

Korrespondenzen

Ansbach. In unserer Versammlung am 18. Januar referierte Gauvorsitzer Döhling (München) über „Die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften, unter besonderer Berücksichtigung des Buchdruckerverbandes“. Der Referent gab eine erschöpfende Darstellung über den Werdegang der Gewerkschaften vom Mittelalter bis zur Jetztzeit. Der Entwicklung unserer Organisation wandte er besonderes Augenmerk zu, besonders veräumte er auch nicht, auf die kommenden, voraussichtlich schwierigen Lohnverhandlungen hinzuweisen. — Am 2. Februar veranstaltete der Ortsverein für den von Ansbach verzogenen Kollegen Wurm d. B. einen Abschiedsabend,

der von Gesangs- und Musikvorträgen umrahmt war. Kollege Wurm d. B., der auch langjähriger Bezirks- und Ortsvereinsvorsitzender war, wird in Ansbach in guter Erinnerung bleiben. — Unsere Hauptversammlung am 15. Februar, wies einen guten Besuch auf. Aus dem Jahresbericht sei erwähnt, daß die Konjunktur am hiesigen Ort im abgelaufenen Jahr eine gute war. Die Neuwahl der Vorstandsfahrt ergab keine Änderung. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildeten die kommenden Lohnverhandlungen. Die Aussprache zeigte, daß die Kollegen über das Verhalten der Prinzipale anlässlich der angeführten Verhandlungen im Herbst des vergangenen Jahres sehr enttäuscht waren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und an den Gauvorstand weitergeleitet: „Die heute jährlich versammelten Mitglieder des Ortsvereins Ansbach unterstützen den vom Verbandsvorstand unternehmen Schritt betreffend die Kündigung unfres Lohnzittarifs bis zum äußersten und verlangen auch gleichzeitig nachdrücklich, daß der Verbandsvorstand bei den kommenden Verhandlungen die Tätigkeit eines Buchdruckergruppen nicht mehr mit den minderbezahlten Arbeitergruppen vergleichen läßt, sondern kategorisch verlangt, daß der Lohn eines Buchdruckers gleich der vom Staat als lebensnotwendig anerkannter Entlohnung eines Beamten in Gehaltsklasse V wieder wie früher entprochen muß.“ Kartellberichte und sonstige interne Angelegenheiten schlossen die lustlich verlaufene Versammlung.

S. Waghensburg. Am 4. Februar fand unsere Jahresversammlung in der Stadt, die sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte. Zwei neue Mitglieder wurden wieder in unsere Reihen aufgenommen. Hieraus gab Vorsitzender M. Kernwein den Jahresbericht. Daraus war zu entnehmen, daß unser Ortsverein von 68 Mitgliedern auf 88 Mitglieder angewachsen ist. Die Lehrlingsabteilung unter Führung des Jugendleiters K. Kiefer ist auf der Höhe und sämtliche Lehrlinge gehören der Abteilung an. Die Neuwahl der Vorstandsfahrt brachte in diesem Jahre Veränderungen, da der bisherige langjährige Vorsitzende aus Gesundheitsrücksichten abstehte, eine Wiederwahl anzunehmen; an dessen Stelle wurde Kollege H. Pfarrer als Vorsitzender gewählt. Die Bereitwilligkeit des Kollegen Kernwein, als Vizepräsident weiterhin im Vorstand tätig zu sein, wurde allgemein begrüßt. Auch unser jahrelang bewährter Finanzverwalter, Kollege H. Wader, trat von seinem Posten zurück, der als Lehrer an die Fachschule versetzt ist. An seiner Stelle wurde der bisherige Schriftführer Kollege R. Schäfer als Kassiereramt betraut. Der Dank an die alte Vorstandsfahrt fand in dem Kollegen Sommer einen eindrucksvollen Vorführer. Das gekündigte Lohnabkommen wurde einer allgemeinen Diskussion unterzogen und im Zusammenhang folgende Resolution dem Gauvorstande übermittelt: „Die seit Inkrafttreten des letzten Lohnabkommens sich ständig erhöhenden Lebenshaltungskosten machen es unsern Vertretern zur unabwendbaren Pflicht, dafür zu sorgen, daß bei dem Neuausschluß des Lohnzittarifs eine entsprechende Erhöhung vereinbart wird. Sollte die Prinzipalität die nötige Einsicht vermissen lassen, sieht die Mitgliedenschaft Waghensburg sich gezwungen, ihren Vertretern, um mit allen Mitteln die Forderung durchzusetzen zu helfen.“ In der Versammlung am 26. Januar konnten wir zum ersten Male unsern Gauvorsitzenden A. Döhling (München) begrüßen. Das von ihm gehaltenen Referat: „Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, insbesondere des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“, machte auf alle Anwesenden einen nachhaltigen Eindruck. Die Mitteilung unfres Gauvorsitzenden, daß im Laufe des Jahres ein weiteres Mitglied des Gauvorstandes bei uns referieren werde, fand freundliche Aufnahme.

Chemnitz. Unsere am 5. Februar abgehaltene Jahresversammlung, die den Besuch hätte besser sein können. Das Gedächtnis von drei im Januar verstorbenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Der Jahresbericht (acht Seiten) lag gedruckt vor. Vorsitzender Wangelin gab hierzu einige Erläuterungen. Selbst die „Opposition“ erklärte sich einverstanden. Die Ortstafel hat einen Bestand von 5000 M. Der Versammlungsbesuch hat sich gegen das Vorjahr etwas verbessert. Die Mitgliederzahl beträgt 720. Der Vorstand wurde wiedergewählt, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden und des zweiten Schriftführers, die freiwillig zurücktraten. Anschließend wurden die eingegangenen Anträge beraten. Die Kündigung des Lohnabkommens hatte sich erledigt, da die Kündigung bereits erfolgt ist. Der 6-Pf.-Beitrag pro Mitglied für den neuen Volksausbau wurde einstimmig angenommen. Dem ersten Vorsitzenden wurde eine höhere Entschädigung als bisher bewilligt. Zwei Anträge der Opposition: die Ausschließung der A.S.V.-Mitglieder aus den Gewerkschaften und Bericht eines sozialdemokratischen Mitgliedsposters über Ausland verfielen der Ablehnung. Es folgte noch die Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten.

Chemnitz (Drucker.) Am 21. Januar tagte unsere Jahresversammlung. Nachdem Vorsitzender Schönlan den Jahresbericht, Kollege Handlisch den Kassenbericht und Kollege Kaumann den Bericht der Technischen Kommission erstattet hatten, stellte Kollege Schönlan der Versammlung die Amler des Vorstandes zur Verfügung mit der dringenden Bitte, von einer Wiederwahl seiner Person abzusehen, da er durch seine Funktionen als Lehrer, Gauhehlungsleiter, Schiedsamtbeisitzer, Sachauschussobmann, Sachschulausschussmitglied derzeit überlastet sei, daß er beim besten Willen die Geschäfte des Vereins nicht mehr weiterführen könne. Die Versammlung würdigte die Gründe für den Rücktritt des Kollegen Schönlan und kam schweren Herzens seinem Wunsche nach. Der bisherige zweite Vorsitzende, Kollege Kappe, wurde per Akklamation zum Nachfolger gewählt. Sämtliche Mitglieder sehen Kollegen Schönlan, der sich große Verdienste um den Verein erworben hat, mit Bedauern von seinem Posten scheiden. In schwerer Zeit erweckte er den Verein aus seinem Dornröschenschlaf, in den er während der Inflation gefallen war, und führte ihn mit Idealismus, feinem reichem Willen in den Dienst der Mitglieder Rettung, in selbstloser Art und Weise bis zu seiner jetzigen Höhe. Auch an dieser Stelle sei dem Kollegen Schönlan nochmals gedankt.

Dortmund. Unsere Bezirks-Hauptversammlung am 12. Februar hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen; sie wurde durch die hiesige „Typographia“ traditionell mit zwei Vorträgen eröffnet. Unter „Geschäftlichem“ gedachte der Vorsitzende Elstermann zunächst unserer im verflossenen letzten Jahre heimgegangenen Kollegen und widmete ihnen ehrende Worte zum Gedächtnis; die Versammlung ehrte ihre Andenken in üblicher Weise. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß die Durchführung unfres Lehrlingsordnung weitere Fortschritte gemacht hat, was freudige Genugtuung hervorrief. Redner ging des näheren auf die Bestimmungen ein und erläuterte den Zweck der Lehrlingsordnung auf die kommenden Lohnverhandlungen wies der Vorsitzende hin. Speziell der letzte Punkt rief nimmere die Diskussionsredner auf den Plan, und man kann es verstehen, wenn sie sich äußerten, so wie bisher ging es nicht mehr weiter. Sollten die Prinzipale wieder ihr beliebtes Stedenpferd reiten, daß das Gewerbe die neuen Lasten nicht tragen könnte, so sollten die Gehilfenvertreter sagen: Bis hierher und nicht weiter. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierin kam zum Ausdruck, dem Verbandsvorstand nachzugehen, daß die Ruhe und Disziplin unter den Buchdruckergehilfen trotz der schon vor langem eingetretenen Teuerung nur gewahrt wurde auf die Voraussetzung hin, daß seitens unfres Verbandsleitung bei künftigen Lohnabmachungen die konsequente Lehre gezogen wird, keine so langfristigen Lohnzittarifs mehr abzuschließen. Auch fordert die Gehilfenvertretung einen Ausgleich für die durch die Starrföigkeit der Prinzipale verursachten Einbuße ihrer Lebenshaltung. Der Kassenbericht gab zu Einwendungen keinen Anlaß, und dem Kassierer Koppfer wurde Entlastung erteilt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß das letzte Jahr ein Jahr des Aufbaues und der Versammlungsbesuch ein befriedigender war. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Jahr von 636 auf 677; in den beiden letzten Jahren hat sich der Mitgliederstand um 107 gehoben, also ein Zeichen, daß die Konjunktur als eine gute zu bezeichnen ist. Der Kassenbestand zeigt aufwärtsstrebende Tendenz und stieg von 2569 M. auf 6244 M. Die Diskussion, die sich an den Geschäftsbericht angeschlossen, war sachlich, und der neue Ortsvorstand wurde als Bezirksvorstand bestätigt. Nimmere hielt Kollege Kernwein einen kurzen prägnanten Vortrag über „Die Volksfürsorge“. Redner operierte nicht mit Zahlen, aber die Mitglieder bekamen einen tiefen Einblick in die Versicherungsangelegenheiten der kapitalistischen Versicherungen gegenüber der Volksfürsorge. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. Schließlich wurden unfre „Typographia“ noch 100 M. bewilligt. Die nächste Bezirksversammlung findet in Hörde statt.

Frankfurt a. M. Drucker. — Die letzten Jahresberichte in der sehr gut besuchten Novemberversammlung referierte Kollege Eißner nach Erledigung des geschäftlichen Teils, wo wieder eine Anzahl Neuaufnahmen erfolgten, über „Doppelton- und Mattdoppeltonfarben“. Gegen früher, wo die Buch- und Verlagsindustrie einen geringen Umfang hatte, fand 1881 durch Weichenbach, den Erfinder der Autotypie, eine vollkommene Umwälzung statt, die den heutigen hohen Stand in illustrierten Drucksachen aller Art zur Folge hatte. Durch Verwendung von Doppeltonfarben wurden prachtvolle Wirkungen erzielt. Referent schilderte den Doppelton-Duplex- und Mattdoppeltondruck in allen Arbeitsgängen, wobei Papier und Farbe das ausschlaggebende Resultat ergaben. Eine Anzahl Drucksachen ergänzten das vorzüglich angelegte Referat und es wurde reichlicher Beifall spendet. — Am Buhtag gewährte uns die Maschinenfabrik Gödel A.-G. (Darmstadt) eine Besichtigung ihres Betriebes. Es wurden gezeigt Scherdruck, Billet- und Numeriermaschinen, eine im Bau befindliche Briefmarkenmaschine, wo in einem Arbeitsgange fünf bis sechs verschiedene Produktionen erfolgen. Die späteren Stunden vereinigten uns mit den Darmstädter Kollegen im „Gewerkschaftsausschuss“, wo wir noch recht gemütliche Stunden verlebten. — In unfre Dezemberversammlung überbande uns die Firma Kanedo & Schneemann (Hannover) eine Broschüre für unfre Mitglieder „Technische Erläuterungen“, die dem Drucker reiche Erfahrungen auf dem Gebiet der Farben vermittelt und lobende Anerkennung fand. Kollege Hummel referierte über „Der Praktiker im Druckerfaal“ und erklärte die Arbeitsweise einer Wert-, Platten- und Illustrationsform, als Schlichte, Formal, Aufsatz und Zurückung bis zum Weiterdruck. Ebenso die Anwendung der jeweiligen Papiere für den Druck und die besondere Beachtung der Farbeanwendung. Auch dieser Vortrag wurde durch reichen Beifall besetzt. Unser dritter diesjähriger Winterkursus über Auslieferung und Formatmatten wurde am den 29. Januar referiert. — Beim Eintritt in das neue Geschäftsjahr 1928 begrüßte Kollege Günther als zweiter Vorsitzender, da unser Kollege Wänert selber immer noch krank ist, die Mitglieder in der ersten Versammlung, und sprach den Wunsch auf weitere ersprießliche Zusammenarbeit aus. Das Andenken eines verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Die Maschinenfabrik Frankenthal einbande uns auch diesmal wie schon oft ihren Herrn Diplom-Ingenieur Schulte zu einem groß angelegten Referat über „Die Einwirkung der Tiefdruckform und der heutige Stand der Tiefdruckmaschinen“. Er schilderte darin den ganzen Werdegang. Ferner wurden gezeigt einfache und Mehrfarbentiefdruckmaschinen für Qualitätsarbeiten bis drei und vier Farben in einem Arbeitsgange, und zum Schluß die „Reihenpatina“, die aus vier gekuppelten Maschinen besteht. Die interessanten Ausführungen wurden mit sehr starkem Beifall besetzt, und der Vortragende gab in der Diskussion über die an ihn gestellten Fragen Auskunft. Der technische Teil fand in allen Versammlungen weitestgehende Berücksichtigung. Sämtlichen Firmen, besonders Frankenthal und Gödel A.-G. sei für das uns bewiesene Entgegenkommen an dieser Stelle nochmals gedankt. Desgleichen allen Referenten.

Gelsenkirchen. Unsere Jahres-Hauptversammlung am 19. Januar erfreute sich eines außerordentlich starken Besuches. Der Vorsitzende wies zunächst auf die kommenden Betriebsratswahlen hin und verlangte reifliche Beteiligung. Zur Aufnahme waren drei Kollegen gemeldet, die unsere Reihen angefüllt wurden. Im weiteren Verlauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht.

Die Mitgliederzahl ist auf 154 gestiegen. In dem vom Kassierer gegebenen Jahresabschlussbericht war nichts zu bemängeln. Der Zuschuß für den Bindungsverband wurde von 45 auf 60 M. vierteljährlich erhöht. Ferner wurde beschlossen, an dem Umbau des Gewerkschaftshauses sich mit 200 M. zu beteiligen, die innerhalb der ersten drei Jahre ausgelöst und zinsfrei zurückerstattet werden. In seinem Bericht über die Lehrlingsabteilung konnte der Lehrlingsleiter mitteilen, daß sich diese in letzter Zeit sehr gut entwickelt hat und appelliert an die Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand reiflos wiedergewählt. Unter „Verhiebendem“ wurde besonders die Einhaltung der Lehrlingskata beprochen. Auch hier sind „Prinzipale“ aufgetaucht, die weder Gehilfen beschäftigen noch eine Lehrberechtigung haben und ihre Arbeiten durch Ausbeutung von Lehrlingen und sonstigen Jugendlichen herauswürfeln. Verschwieblich sind Schritte des Vorstandes diesbezüglich unternommen, ein Erfolg aber war bis jetzt nicht zu verzeichnen. Es bedarf unbedingt der Abänderung, und wir werden keine Mittel und Wege unversucht lassen, bis wir diesen Krautern ihr unaufreres Handwerk gelegt haben.

Heide (Holst.). Am 12. Februar fand in Wisfler eine von sämtlichen Druckerorten, mit Ausnahme der Inseln, außerordentlich stark besuchte Bezirksversammlung statt. Gauvorsitzer Prützer (Riel) hielt ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat: „Was tut man, um die kommenden Lohnverhandlungen erfolgreich führen zu können?“ Nach lebhafter Aussprache fand folgende Entschließung einstimmige Annahme: „Die am 12. Februar 1928 zu Wisfler als Notaufmarsch gedachte Bezirksversammlung des Bezirks Heide im Gau Schleswig-Holstein (S. d. D. B.) befaßt sich eingehend mit den bevorstehenden Lohnverhandlungen. Die fast vollständig versammelten Kollegen fordern von unsern Gehilfenvertretern mit Nachdruck, für eine durchgreifende Lohnerhöhung einzutreten, damit auch den Kollegen der kleineren Orte eine wirkliche Verbesserung ihrer Wirtschaftslage zuteil wird. Unter keinen Umständen darf die Lohnerhöhe länger als ein halbes Jahr dauern. Sollte kein günstiges Abkommen zu erreichen sein, so sind die letzten gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen, und die Versammelten erklären, sich geschlossenen hinter ihre Funktionäre zu stellen.“ Nachdem die Berichte aus den einzelnen Druckerorten entgegengenommen worden waren, wurde als Ort der nächsten Bezirksversammlung Brunsbüttelkoog bestimmt. Nach vierkündiger Dauer wurde die äußerst anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsch geschlossen, daß allen künftigen Bezirksversammlungen ein so reges Interesse entgegengebracht werden möge.

Riel (Drucker.) Am 15. Januar fand hier eine gute Generalversammlung unseres Bezirksvereins statt. Vorsitzender Schönbüchler und Winkele der Versammlung ein gutes Gelingen. Die eingegangenen Zeitchriften wurden besprochen und ausgelegt. Von der Farbenfabrik Fischer, Raumann & Co. waren prachtvolle Farbendrucke überhand, die ausgeteilt wurden. Desgleichen von der Farbenfabrik Gebr. Jäncke & Schneemann in Form von hübschen Taschenbüchern. Dasselbe Firmat hat uns in lebenswürdiger Weise verschickte Dankdrucken föhentlich zur Verfügung gestellt für einen Farbermittlungsbesuch. Die Versammlung sprach hierfür ihren herzlichsten Dank aus. Der Vorsitzende erstattete darauf den Jahresbericht und stellte fest, daß unsre Sparbewegung wieder im rechten Fluß ist. Es ist viel getan worden, um die Kollegen durch Vorträge und Wanderversammlungen mit dem größten Interesse für unsre Sparte zu erfüllen. Die Mitglieder seien sich zusammen aus 41 Rielern und 29 auswärtigen Kollegen. Die Kassensverhältnisse haben sich im letzten Jahre sehr erfreulich gebessert. Der Kassenbestand betrug 172 M., das Vereinsvermögen 490 M. Von diesem Gelde stammen 126 M. aus der aufgelösten Wolsfabrikfabrik vom Kreis Hamburg. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Auf Antrag aus der Versammlung wurde beschlossen, für die Generalversammlung sowie zwei Bezirks (Wander-)versammlungen das volle Fahrgeld aus der Kasse zu vergüten. In diesem Jahre werden für die Mitglieder verschiedene Kurse abgehalten werden (Farbmisch-, Apparat-, Kalkulationskurse). Die Vorbereitungen sind dem Vorstande übertragene worden. Der Vorstand wurde per Affirmation wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte für das Vertrauen und versprach, auch ferner für das Wohl der Sparte zu arbeiten. In diesem Jahre findet in Plön ein Druckerfest (vom Kreis Hamburg) statt. Im technischen Teil hielt Kollege Peterjan einen einflussreichen Vortrag zur der anstehenden Beschäftigung des Anlageapparates „Rational“ und der Schnellpresse „Alberta“ mit Frontbogenanlage.

Wahr. In unsrer Bezirksgeneralversammlung am 12. Februar hatte keinen so guten Besuch aufzuweisen wie die Versammlungen der letzten Jahre. Vier Druckerorte waren nicht vertreten. Bezirksvorsitzender Keibel begrüßte die erschienenen Kollegen und gebachte vor Eintritt in die Tagesordnung in ehrenvollen Worten des verstorbenen früheren Gauvorsitzers Kollegen Lindenau. Sein Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Der vom Vorsitzenden gegebene ausführliche Geschäftsbericht zeigte, daß die Konjunktur eine sehr gute war, was vereinigt mit der Abrechnung führte. In organisatorischer Hinsicht diebte im Bezirk nichts zu wünschen übrig. Lohnabbauentenden und andern Schikanen wurde in entsprechender Weise entgegengetreten. Auch der Bericht des Lehrlingsleiters entzollte ein günstiges Bild unserer Lehrlingsabteilung. Hier wäre allerdings eine aktivere Tätigkeit einzelner Lehrlingsleiter sehr erwünscht. Die Kassensverhältnisse sind ebenfalls günstig. Das Vermögen der Bezirkskasse betrug am Schlusse des Jahres 1927 M. Der Mitgliederbestand belief sich auf 204, die Lehrlingsabteilung hatte 67 Mitglieder. Mit den von der Bezirksvorsteherkonferenz geschickten Beschlüssen erklärte sich die Versammlung einverstanden, zugleich betonend, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen alles daran zu setzen sei, um einen für uns günstigen Abschluß zu erlangen. Das auf der Konferenz dem Bezirk Karlsruhe gemachte Zuständigkeits sei nach den Statuten nicht ganz einwandfrei, es müsse aber als das weitestgehende Entgegenkommen seitens des hiesigen Bezirks angesehen werden. Beitrag und

Entschädigung des Vorstandes wurden nicht geändert und dem Gesamtverband für seine anstandslos Geschäfts-führung Dank ausgesprochen. Der Gesamtverband und die Revisoren wurden, nachdem ihnen Entlastung erteilt war, einstimmig wiedergewählt. Gauvorsitzer Sandfort gab zu den einzelnen Punkten, namentlich den lohnpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen wertvolle Fingerzeige, die wohl von den Funktionären in gegebenen Fällen mit Erfolg verwendet werden können. Im Hinblick auf das 30jährige Jubiläum des Ortsvereins Billingen wurde dem Antrag des Vorstandes, die Sommerbezirksversammlung am 12. August in Billingen abzuhalten, zugestimmt. Mit dem Wunsche, bei der nächsten Bezirksversammlung möglichst alle Kollegen vertreten zu sehen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Reipzig. In unsmiglieder Versammlung am 3. Februar, Kollege Höhne (Berlin) referierte über „Technik, Wirtschaft und Arbeiterchaft“. Er ging von dem Grundgedanken aus, daß unser Leben von der Technik erfüllt ist und daß jede technische Neuerung Veränderungen in unser Lebensweise mit sich bringt. Im einzelnen zeigte er die großen Umwälzungen im Buchdruckgewerbe auf und wies darauf hin, daß trotzdem keine Verringerung der Arbeiterzahl eingetreten ist. Die Entwicklung der Technik habe auch eine gewisse Verstärkung des gesamten graphischen Gewerbes gebracht. Eine eingehende Beleuchtung erfuhr auch die Nationalisierungsbestrebungen der Unternehmer, die erste Gefahren für die Arbeiterchaft in sich bergen. Heute sprechen allerdings selbst bürgerliche Wirtschaftler von einem Verleiden der Nationalisierung. Die Entwicklung der Technik haben die Unternehmer zu einer großen Entfaltung ihrer Macht auszunutzen verstanden. Das zeigt vor allem die Trust- und Konzernbildung, von der selbst das Buchdruckgewerbe nicht verschont geblieben ist. Der Gang dieser wirtschaftlichen Entwicklung sei allerdings eine Erleichterung auf dem Wege zur Sozialisierung. Zur Erreichung dieses Zieles sei aber vor allem die Geschlossenheit der Arbeiterchaft notwendig. Lebhafter Beifall dankte dem Referenten für die lehrreichen Ausführungen. Den „Bereinsbericht“ erstattete Kollege Hessebarth. Er gab zunächst die Kündigung des Lohnabkommens bekannt und wies darauf hin, daß für Sachsen die Lehrlingsordnung auf ein weiteres Jahr abgeschlossen worden ist. Den Abschluß bilden eine Reihe Mitteilungen organisatorischer Art. In der Aussprache wurde gewünscht, daß in der nächsten Versammlung Bericht erstattet wird über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartikels, ein in diesem Sinne gestellter Antrag fand Annahme. Zur Lohnbewegung wurde in einem ebenfalls angenommenen Antrag zum Ausdruck gebracht, daß in Zukunft nur kurzfristige Lohnsätze abgeschlossen werden mögen.

Regen. In unsrer Versammlung am 4. Februar war von 60 Kollegen besucht. Nach Ehrung eines verstorbenen Kollegen und der Erledigung üblicher Punkte der Tagesordnung wurde der Kartellbericht und die Abrechnung vom vierten Vierteljahr bekanntgegeben. Stellvertreter Gauvorsitzer Birnbach (Breslau) hielt ein Referat über „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“. In großen Zügen wurde den Anwesenden zuerst ein Bild über die gegenwärtige Weltwirtschaftslage gegeben, das beispielsweise durch die Schilderung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen für die Anwesenden von großem Wert war. Zu innerpolitischen Fragen übergehend, beschäftigte sich der Referent besonders mit der Lage der Großlandwirtschaft, die von deren Führern auf der Grünen Wode als besonders bejammernswert hingestellt wurde. Große Kämpfe ständen auf gewerkschaftlichen Gebieten bevor, denn schon in den nächsten Wochen laufen ungefähre Tarife ab. Da auch unser Tarif in den nächsten Wochen abzuhäuft, waren seine Betrachtungen hierüber von großem informativem Wert. Die Befriedigung über den volkswirtschaftlich wie organisatorisch äußerst instruktiven Vortrag war allgemein, und man sah aus dem Gesichtsausdruck, daß als Vertreter für das Oberverwaltungsamt in Vorschlag gebracht. Große Entrüstung löste ein Fall von Lehrlingsmißhandlung aus. Im hiesigen Orte befinden sich eine Anzahl von Druckerorten, in denen der Prinzipal mit mehreren Lehrlingen allein arbeitet. Diese jungen Leute werden in der rücksichtslosesten Weise ausbeutet, zu allen möglichen häuslichen Arbeiten herangezogen und teilweise sogar arg mißhandelt. Leider steht die Gehilfenchaft in ihrem Kampf gegen solche rücksichtslose Unternehmer allein. Gehilfen, die vielfach solcher Behandlung einen Kiegel verschließen könnten, stehen in diesen Betrieben überhaupt nicht, und die Handwerkskammer hat uns schon mehrfach in solchen Fällen die Mitarbeit verweigert. Es wird nachgerade die höchste Zeit, daß solcher Lehrlingsausbeutung auf geistlichem Wege vorgebeugt wird.

Marienbuurg. In unsrer Generalversammlung am 28. Januar gab der Vorsitzende einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Er hob hervor, daß der Ortsverein in diesem Jahre besonders stark am öffentlichen Leben interessiert war. Das in Kraft getretene Arbeitsgericht gab uns die Gelegenheit, einen Kollegen als Beisitzer in das hiesige Arbeitsgericht zu entsenden. Bei der Krankentassenwahl konnten die freien Gewerkschaften eine absolute Mehrheit erringen. Auch hier ist unser Ortsverein in Vorstand und Ausschuß durch zwei Kollegen vertreten. Der Mitgliederbestand betrug Ende des Jahres 14 Gehilfen und drei Lehrlinge. Den Kassenbericht gab Kollege Hanert. Nach Abstimmung über mehrere Anträge wurde die von dem Magistrat der Stadt Marienbuurg aufgestellte Schwarzpreße behandelt. Das Vertreiben des Ortsvereins ist, an dieser Maßnahme einen Sachmann beschäftigt zu sehen. Ein diesbezüglicher Antrag wird durch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion eingebracht werden. Eine Beifälligkeit für den hiesigen Arbeitergelingenverein wurde genehmigt. Bei der Vorstandswahl wurden u. a. gewählt als Vorsitzender Kollege Stawicki, als Kassierer und Revisor Hansmann. Es folgte hierauf noch die Erledigung interner Vereinsangelegenheiten.

München. (Schriftsetzer, Stereotypenre u. d. Galvanoplastiker.) Am 29. Januar hielt unser Fachverein seine Generalversammlung, in der die einen guten Besuch aufwies. Zwecks Richterfortsetzung aus dem Gau waren die Orte Augsburg, Nürnberg und Würz-

burg vertreten. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden Steiner wurde das Andenken eines kürzlich verstorbenen Kollegen geehrt. Aus dem sehr ausführlichen Jahresbericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß es auch im vergangenen Jahre wieder vorwärts gegangen ist und die Kollegen reges Interesse am Vereinsleben, an den Vorträgen und andern Bildungsgelegenheiten bekundeten. Das Jahr 1927 stand im Zeichen des 30jährigen Vereinsjubiläums, aus welchem Grunde der Vorsitzende auch einen dahingehenden interessanten Bericht gab, wobei er in ehrenvollen Worten auf der Gründer unsres Vereins gedachte. Der Kassenbericht des Kollegen Hemmerich jr. zeugte von einer mühseligen Kassenführung und ergab ein Bild günstiger Kassenverhältnisse. Besonders hingewiesen wurde auf die Zusammenkunft der deutschen Stereotypenre anlässlich der „Presse“ in Köln. Außerdem sei nächstes Jahr ein bayerischer Goutag in Würzburg in Aussicht genommen. Ein Antrag des Kollegen Stelker wurde angenommen, wonach jeder auf die Wandererschaft gehende junge Kollege ein Abreisegeheimnis von 10 M. erhält. Die Wahl der Vorstandsführer sowie der Technischen Kommission ergab einstimmige Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen. Der Vorsitzende dankte für das dem Vorstande und der Technischen Kommission erwiesene Vertrauen. Die ausgestellten Lehrlingsarbeiten erregten großes Interesse. Schließlic dankte der Vorsitzende allen anwesenden Kollegen, besonders den auswärtigen, für ihr Erscheinen und eruchte um rege Agitation für ein gactreiches Wiedersehen in Würzburg.

Bforzheim. In unsrer Hauptversammlung am 21. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Bolander gedachte zunächst des Ablebens eines Kollegen. Weiter gab er bekannt, daß die Unkosten der im Herbst getätigten Krankentassenwahl auf den Kopf der Einzelmitglieder der dem ADGB angehörenden Verbände 30 Pf. betragen. Vertrauensmann Richter stellte das abgelaufene Vereinsjahr besonders in finanzieller Hinsicht dem Jahr 1926 gegenüber, woraus zu ersehen war, daß letzteres sich weit günstiger gestaltete. Ein ruhiges Abwägen der einzelnen Kollegen, aber leider wenig gewerkschaftliche Vertiefung, lasse sich im verfloffenen Jahre erkennen. Recht arbeitsreich habe sich auch das letzte Jahr gestaltet. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1927 121; die gleiche Zahl war am Ende des Jahres zu verzeichnen. Durchziehende Kollegen besuchten uns 266, gegen 472 im Jahre 1926. Die Kollegen Bolander und Richter nahmen nach der Neuwahl ihre bisher innegehabten Ämter wieder an.

Ss. Birnmasen. Wenn der Versammlungsbesuch während der letzten Zeit zu wünschen übrig ließ, so liecherte unsre Generalversammlung am 5. Februar den Beweis, daß der gute Geist, der ehebem unsre Mitgliedschaft auszeichnete, noch nicht erloschen ist. Die kommenden Lohnverhandlungen haben wohl mit dazu beigetragen, daß unsre Kollegen durch einen starken Versammlungsbesuch ihre Marschbereitschaft betunden. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen erstattete Vorsitzender Petermann einen Jahresbericht. Dieser war bis ins kleinste ausgegearbeitet und behandelte auch eingehend die Fortschritte auf sozialpolitischen Gebieten, (Arbeitsgerichtsgelei, und Arbeitslosenversicherung), dabei betonend, daß dies nur der Initiative der Gewerkschaften und nicht etwa der Bürgerblockregierung zu danken sei. Troßdem die Lehrlingsordnung von der präzisions Handwerkskammer eingeführt ist, waren zwei Verstöße gegen die Lehrlingsordnung zu verzeichnen. Während der erste Fall durch eine nicht gerade befriedigende Lösung seitens der Handwerkskammer seine Erledigung fand, wurde der zweite Fall vor dem hiesigen Arbeitsgericht ausgetragen und zugunsten des klagenden Lehrlings entschieden. Aus dem vom Kassierer Müller erstatteten Kassenbericht konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß wir unsre mit dem ständigen Dalles beschafften Kassenverhältnisse „stabilisiert“ haben. Die Diskussion war sachlich und bewegte sich in den gebotenen Grenzen. Am in diesem Jahre einen besseren Versammlungsbesuch und allgemeiner Teilnahme am Organisationsleben wurden zu können, wurde angeregt, das kollegiale und gesellschaftliche Leben durch gelegentliche Zusammenkünfte zu heben. Die Vorstandswahlen fanden dadurch ihre Erledigung, daß der seither amtierende Vorstand durch einmütigen Wotum der Kollegen wiedergewählt wurde. Als Leiter der Lehrlingsabteilung wurde Kollege Peter Eichentau u. neugewählt. Mit dem Appell des Vorsitzenden an die Kollegen, jederzeit so zahlreich zu erscheinen, fand die Versammlung ihr Ende. — Erwähnt sei noch, daß am 15. Januar anlässlich des 25jährigen Jubiläumstages des Kollegen Jakob Gude eine kleine Jubiläumstafel stattfand, die ebenfalls sehr gut besucht war und einen harmonischen Verlauf nahm.

Böckel. In unsrer gutbesuchten Jahres-Hauptversammlung am 29. Januar wurde eine reichhaltige Tagesordnung erledigt. Eingangs begrüßte der Kollegenkollegenverein „Gutenberg“ die Erschienenen mit einem Vorfrühlingslied. Unter „Geschäftlichem“ teilte der Vorsitzende die weiteren Schritte mit, die unternommen worden sind, um eine Tarifanerkennung in Lobenstein herbeizuführen. Leider liegt es an den dortigen Kollegen selbst, daß bisher die Sache negativ verlaufen ist. Auch diesmal konnten wir einen Jubilär für 25jährige treue Mitgliedschaft ehren. Ihm wurde eine Nachbildung des Verbandsmonumentes überreicht, und der Gelingenverein lang ihm zu Ehren „Lob Sololon“. Die selbige Gewerkschaftshausfrage beschäftigte diese Versammlung wieder längere Zeit, ohne indes etwas Neues zu bringen. Die Jahresberichte des Vorsitzenden, des Kassierers und des Lehrlingsleiters wurden ohne Aussprache entgegengenommen und gutgeheißen. Die Wahl des Gesamtvorstandes ergab dessen Wiederwahl, mit Ausnahme des Schriftführers, für den eine Neuwahl vorgenommen wurde.

Kosloff. Am 30. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Vorsitzender Steinberg erstattete sodann den Jahresbericht. Besonders ging er auf den letzten Tarifabschluß ein. Das Lohnabkommen habe damals zwar eine gewisse Lohn-erhöhung gebracht; es sei aber schon in den Sommer-

monaten durch die Teuerung überholt. Die Mietszulage, die am 1. Oktober fällig war, ist, ebenso wie die Aprillohnsteigerung, ohne Schwierigkeiten durchgeführt. Im Oktober gelang es, in einigen Betrieben weitergehende Lohnerhöhungen zu erlangen. Die Beschäftigung war im allgemeinen gut. Die Versammlungen waren im allgemeinen befriedigend besucht. Aus dem Kassenericht, der vom Kollegen Witte gegeben wurde, ist zu entnehmen, daß die Kassenerhältnisse des Ortsvereins sowie des Bezirks sehr gut sind. Der Bericht des Lehrleiters zeigte, daß auch in der Lehrlingsarbeit erfreuliche Erfolge erzielt worden sind. In den Vorstand wurden u. a. gewählt die Kollegen Steiner als Vorsitzender und Witte als Kassierer. Auch die übrigen Wahlen gingen reibungslos vonstatten. Der Ortsvereinsbeitrag sowie das Ortsgehalt an Durchreisende soll in der alten Höhe bestehen bleiben. Beim Punkt „Tarifliches“ wurde die Kündigung des Lohnabkommens besprochen. Die Aussprache zeigte, daß die Kollegen von den Verhandlungen eine erhebliche Lohnaufbesserung erwarten, damit das monatliche Unrecht in der Bezahlung der Buchdruckerarbeit gutgemacht wird. Eine in diesem Sinne abgefaßte Entschlieung wurde angenommen.

Stettin. Unsere Generalversammlung am 12. Februar beschäftigte sich besonders mit den bevorstehenden Lohnverhandlungen. Es wurde u. a. zum Ausdruck gebracht, daß die Kollegenschaft nicht gewillt ist, sich mit einer unzureichenden Lohnzulage abzufinden. Die Kollegenschaft sei willens, bei ungenügenden Entgegenkommen der Prinzipale mit dem härtesten Mittel vorzugehen. Im Hinblick auf die Betriebsratswahlen wurde erwiesen, wie notwendig der Betriebsrat ist. Eine fleißige Firma hat sich nicht geniert, einem fast Jahrelang bei ihr tätigen Kollegen bei arbeitsfähiger Krankheit zu kündigen. Da ein Betriebsrat trotz einer Besetzung von 22 Personen nicht vorhanden ist, macht es Schwierigkeiten, dem Kollegen zum Recht zu verhelfen. Betreffs Neueinstellung der Lehrlinge ergab sich die Notwendigkeit, hier sehr nachsichtig zu sein, da anscheinend die Lehrlingszahl verhältnismäßig die Grenze des Zulässigen kreist. Ferner ist die Bezahlung der Lehrlinge bei einigen Firmen nicht ordnungsmäßig. Hier wird die Organisation eingreifen.

Würgburg. (Handseher.) Unsere Generalversammlung am 14. Januar war gut besucht. Vorsitzender Schumacher machte u. a. Mitteilung über die Sparscheinrichtung zur „Presse“ in Köln und über die Lohnsteuerrückzahlung. Er hob sodann im Jahresbericht den unterfränkischen Handseherstag in Ansbach besonders hervor und betonte das gute Zusammenarbeiten mit den übrigen Sparten. Ferner empfahl er genaues Studium der Anlage A des Tarifs und ging auf das Vorgehen der Berliner Handseher über, das natürlich nur in Berlin möglich sei. Redner führte aus, daß unser Mitgliederstand der Anfang des Jahres 80 betrug, auf 93 gestiegen sei. Mit der Niederlegung seines Amtes, das er als selbiger Ortsvereinsvorsitzender nicht mehr weiterführen kann, schied Kollege Schuhmacher seine Ausführenden. Die Abrechnung gab dann Kollege Söllner bekannt. Es war ein Kassenerhalt von 226 M. zu verzeichnen. Die Neuwahl der Vorstandsposten brachte an die Stelle des ersten Vorsitzenden den Kollegen Rottmann. Auch der Schriftführerposten wurde neu besetzt. Die Wahl erfolgte einstimmig und die übrigen Vorstandsposten blieben in der alten Besetzung. Der nunmehrige Vorsitzende dankte der Versammlung für das Vertrauen und versprach, seine ganze Kraft unserer Sache widmen zu wollen. Dem Kollegen Schuhmacher sprach er dann noch im Namen der Mitglieder den Dank für seine erfolgreiche Tätigkeit innerhalb unserer Bewegung aus und schloß mit der Bitte, er möge uns auch in Zukunft mit Rat und Tat zur Seite stehen. Unter dem Punkt „Verchiedenes“ gab es noch eine Menge Interessantes für die Kollegen und von der Aussprache wurde auch recht viel Gebrauch gemacht.

Josen. Unsere Bezirks-Generalversammlung am 29. Januar erfreute sich eines guten Besuchs. Sämtliche Druckorte waren vertreten. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß die auf das Jahr 1927 geheuten Hoffnungen in bezug auf Anwachsen der Mitgliederzahl sich erfüllt haben. Die Konjunktur war im Vergleich zu der in den Vorjahren eine gute. Zwei neue Druckereien je eine in Josen und in Spremberg, entstanden im verfloffenen Jahre. Die erkaufene Beschäftigung ist die andre bis zu drei Gehilfen. Im Laufe des Jahres 1927 ist es gelungen, sämtliche Kollegen in Dahme für den Verband zu gewinnen, auch die dort beschäftigten Lehrlinge sind der Lehrlingsabteilung beigetreten. Außer den in Wittenwalde beschäftigten zwei Lehrlingen gehören nunmehr sämtliche Lehrlinge unseres Bezirks der Lehrlingsabteilung an. Im abgelaufenen Jahre konnte unser Ortsverein auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Grobe als Vorsitzender und Wiede mann als Kassierer wiedergewählt.

Allgemeine Rundschau

Weisterprüfung. Vor dem Prüfungsausschuß der Berliner Handwerkskammer bestanden folgende Seherkollegen, sämtlich aus Berlin, die Weisterprüfung: Walter Hannemann, Fritz Meyer, Alfred Scholz und Otto Hiele.

Jungbuchtendertag des Gau's Slesien. Die Stadtverordnetenversammlung in Breslau beschloß auf Grund eines Dringlichkeitsantrages, die Kosten für die Unterbringung von 600 Jungbuchtenderten aus der Provinz anlässlich des Jungbuchtendertages in Breslau zu übernehmen.

Kultur und Technik. Bei der kürzlich erfolgten Eröffnung der neuen Maschinenräume in der Weisterhütte für Deutschlands Buchdrucker hielt Professor Kieppel einen gehaltenen Vortrag über die Beziehungen zwischen Kultur und Technik, der mit reichem Beifall gefolgt wurde. Professor Kieppel war vor einiger Zeit in Amerika, dem Lande höchstentwickelter Technik, und besuchte bald darauf ein, altes Kloster an der Donau mit wertvoller Klosterbibliothek, Buchmalereien, Handschriften und Inkunabeln. Bei diesen beiden Besuchen drängten sich dem Vortragenden unmittel-

bar die Gegenätze auf; an der Donau Kultur, drillen in New York Technik. In seinem Vortrag, aus dem wir nach einem Bericht der „Münchener Post“ hier das Wesentlichste wiedergeben, untersuchte Professor Kieppel die Beziehungen zwischen Kultur und Technik näher und forschte nach Zusammenhängen, die zur Emporentwicklung, zu neuer Kultur führen können. Der Redner zog Parallelen zwischen Kultur und Zivilisation auf der einen und Technik und Wirtschaft mit ihren Organisationen auf der andern Seite. Kultur ist geistiges Streben, das den Menschen zu innerer und äußerer Harmonie führen will. Darin unterscheidet sich Kultur von Zivilisation, die Produkt auf Produkt häuft und materielle Güter sucht. Amerika ist das typische Land roher Zivilisation. Alle technischen Erzeugnisse, die das Leben äußerlich angenehm gestalten können, sind dort vorhanden, aber es fehlen dem Leben große geistige Probleme und Ziele. In ähnlicher Weise ist der Begriff der Technik von dem der Wirtschaft und der Organisation zu trennen. Wirtschaft und Organisation mit ihren aufs schärfste durchgeübten Verteilungsplänen verbunkeln aber das wahre Wesen der Technik, die Schöpfung, deren Zweck nicht die Bereicherung einzelner Gruppen ist, sondern die Überwindung naturgesetzlicher Beschränkungen, die der Entwicklung des Menschengeschlechts im Wege stehen. Kennzeichen der Technik ist die Beherrschung der Naturkräfte zum Dienst an der Menschheit. Die heutige Vorherrschaft der Wirtschaft über die Technik ist eine vorübergehende Erscheinung. Die Geschichte unserer Zeit wird durch die Technik diktiert. Die soziale Zivilisation scheint sich aber in den nächsten Generationen ihrem weltumfassenden Endziel zu nähern. Schon heute sind die Gesetze der Menschheit zusammengesetzt, es gibt kaum mehr Teilprobleme. Je mehr diese Entwicklung fortschreitet, um so mehr kommt die Forderung zu ihrem Recht, alle Reibungen von Mensch zu Mensch auszuwachen. Der Sozialismus dieser Weltanschauung ist auf dem Marsch. Hat die Leistungsfähigkeit ihr Höchstmaß erreicht, dann gleichen sich die Kräfte zum allgemeinen Besten aus und es werden die Kräfte frei zur Schaffung höherer geistiger Werte, zum Arbeiten an sich selbst und zur Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten, zum Individualismus. Dann wird nicht nur das Geistesleben der einzelnen Persönlichkeiten auf der Grundlage eines Weltsozialismus neu erbauen, auch die Völkereinzelnen werden auf der Grundlage des Internationalismus neue Geltung erfahren. Und wenn die äußeren Verhältnisse ein friedliches Nebeneinanderleben gewährleisten, wird vielleicht das Eigenleben der Nationen um so stärker aufblühen, wird nationale Einstellung neu erweckt werden.

Patente Verweigerung. Als kürzlich ein taubstummer Seherkollege von seiner Arbeitsstätte in Breslau aus mit der Bahn nach Hause fuhr, nahm er beim Aussteigen aus dem Wagon eine fremde Aktentasche mit, in der sich ein Revolver mit vier Patronen, sechs Dietriche, eine Taschenlampe und (wohl vergiftete) Wurstbraten befanden, offenbar Handwerkszeuge eines reißenden Einbrechers. Seine eigene Tasche mit weit weniger gefährlichem Inhalt hatte der Kollege im Eisenbahnwagen liegen gelassen.

Kommentar zum Betriebsrätegesetz von Gleiwitz. Von dem bekannten Kommentator ist jetzt die 12. verbesserte Ausgabe herausgegeben worden, und zwar als Gewerkschaftsausgabe. Entgegen dem früheren 18-Mark-Ladenpreis beträgt der Preis dieser Gewerkschaftsausgabe in Ganzleinen gebunden 6 M. Diese neue Ausgabe ist durch den Buchhandel nicht zu beziehen. Bestellungen sind an den Verbandsvorstand, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5, zu richten.

Berurteilung wegen Nichtbezahlung tariflicher Kostgeldsätze. Vor dem Arbeitsgericht Dels fand am 17. Dezember vorigen Jahres eine Verhandlung gegen den Inhaber der Buchdruckerei Mijler & Gregor in Dels wegen Verweigerung des tariflichen Kostgeldes für einen Lehrling statt. Das Arbeitsgericht entschied, daß die Handwerkerkammer nicht berechtigt sei, Lehrlingskostgeldsätze bindend festzusetzen und daß daher das Kostgeld des Buchdruckerlehrlings, der für allgemeinverbindlich erklärt ist, zu zahlen sei. Dem Antrage des Klägers aber wurde insofern nicht ganz entsprochen, als nur auf die Zahlung der Differenz zwischen dem gegebenen und dem tariflichen Kostgeld vom Tage der Forderung durch den Gewerkschaftsvertreter in Höhe von 227,42 M. erkannt worden ist. Gegen diesen Entscheid des Arbeitsgerichts Dels legte der Prozessvertreter des Klägers Berufung beim Landesarbeitsgericht Breslau ein mit dem Antrage, den Beklagten zu verurteilen, das tarifliche Kostgeld vom Tage des Antretens der Lehre am 1. April 1925 ab zu zahlen. Der Beklagte legte ebenfalls Berufung ein und beantragte, den Entscheid des Arbeitsgerichts Dels zur Zahlung des tariflichen Kostgeldes aufzuheben. Am 20. Februar fand die Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht Breslau statt, das sich vollinhaltlich dem Antrage des Klägers anschloß und den Entscheid des Arbeitsgerichts Dels dahin erweiterte, daß der Beklagte das tarifliche Kostgeld vom 1. April 1925 ab zu zahlen hat; die Höhe der Nachzahlung beträgt jetzt 381,42 M. Außerdem hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für die mitteldeutsche Metallindustrie. Zu Wahrung des öffentlichen Interesses, allerdings auf Kosten der Arbeiterkraft, sind vom Reichsarbeitsminister die Schiedssprüche für die mitteldeutsche Metallindustrie vom 18. Februar d. J. als verbindlich erklärt worden. Damit ist die Drohung des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen mit der allgemeinen Aussperrung sämtlicher Metallarbeiter hinsichtlich geworden. Das geht aus folgender Rundgebung der Metallindustriellen hervor, die der Verbindlichkeitsklärung auf dem Fuße folgte: „Die Schiedssprüche im Arbeitsstreit der mitteldeutschen Metallindustrie sind gegen den Willen beider Parteien vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse von Amts wegen verbindlich erklärt worden. Die Arbeitgeberkraft wird selbstverständlich alle juristischen Konsequenzen aus der Verbindlichkeitsklärung ziehen und, soweit das technisch möglich ist, die Arbeiter, ohne Mahnungen vorzunehmen, wieder einstellen. Da mehrfache von Gewerkschaftsseite und in der Arbeitnehmerpresse zum Ausdruck gekommen ist, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitsklärung noch nicht beendet

würde und insofern damit zu rechnen ist, daß die Arbeit im mitteldeutschen Streikgebiet nicht oder nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen wird, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller beschlossen, den Aussperrungsstern am Mittwoch, den 20. Februar d. J., mit Arbeitsstillstand zu versehen. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, zu diesem späteren Zeitpunkt die Aussperrung in Wirksamkeit zu setzen, so würde sie nicht die Bekämpfung der für verbindlich erklärten Sprüche, sondern lediglich die Abwehr der rechtswidrigen Fortleitung des Kampfes durch die Arbeiter zum Ziel haben. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß die Aufhebung der Aussperrung sofort erfolgen wird, sobald die Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind.“ Man merkt aus diesem raschen Einlenken, daß es den anscheinend so starken Männern auf Unternehmerseite, die sich die Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde förmlich abpressen ließen, nach und nach doch recht schädel zu Wute worden sein muß, zumal noch keineswegs feststand, ob der Aussperrungssterns überall befolgt worden wäre. Von diesem Spruch befreite sie die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts. Auch eine größere Lohnerhöhung würde von ihnen wohl eher über gelächelt worden sein. Der Theaterdonner am Schluß der Rundgebung soll nur den Nützlich werden. Eine am 22. Februar in Halle abgehaltene Bezirksleiterkonferenz der Metallarbeiter Mitteldeutschlands nahm zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts Stellung. Im Hinblick auf die nunmehr geschlossene Rechtslage beschloß die Konferenz nach kurzer Aussprache, im Einverständnis mit dem Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Als frühesten Arbeitstermin sollte der Freitag dieser Woche gelten.

Lohnbewegungen und Unternehmerverbände. Wie schon an anderer Stelle mitgeteilt, läuft im März und April eine große Anzahl von Tarifs- und Lohnverträgen ab. Aus diesem Anlaß hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vor kurzem dem Reichsstatistikamt eine Denkschrift zur Frühjahrslohnbewegung überreicht. In dieser Denkschrift wird u. a. ausgeführt, daß laut der von der Unternehmerzentrale in Berlin geführten Tarifstatistik über etwa 380 Tarifverträge, die sich auf rund 5,3 Millionen industrieller Arbeiter erstrecken, Ende der Monate Februar, März und April 247 Tarifverträge für rund 3,2 Millionen Arbeiter fast aller wichtigen Industriezweige ablaufen. Die Unternehmer wenden sich in ihrer Denkschrift dagegen, daß die Arbeiter in fast allen Fällen erhebliche Lohnforderungen stellen. Sie erblicken darin eine gefährliche Politik, für die die Gewerkschaften verantwortlich seien. Das deutsche Unternehmertum habe immer anerkannt, daß eine gesunde Wirtschaftsentwicklung auch von einem steigenden Einkommen der Arbeitnehmer begleitet sein müsse. Eine begründete Erkenntnis, die leider noch ihrer Umsetzung in die Tat harret. Weiter ist in der Denkschrift davon die Rede, daß bisher die Industrie bei einem starken Tempo der Rationalisierung einen gewissen Ausgleich für die außerordentliche und schnelle Steigerung der Selbstkosten habe schaffen können. Das würde jedoch in Zukunft unmöglich sein; weitlich die Rationalisierung weder technisch noch finanziell unbegrenzt fortsetzen lasse. Ferner erblickt die Unternehmer in den Lohnbewegungen ein Abbremsen der Konjunktur. Aus all diesen Gründen sieht sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veranlaßt, vor jener angeblich gefährlichen Politik zu warnen, denn Fragen von Arbeitszeit und Lohn konnten niemals für sich allein entschieden werden, sondern nur unter Berücksichtigung aller unsrer gesamte Wirtschaft beherrschenden technischen, geistlichen und kommerziellen Momente. Der Zweck der Denkschrift der Unternehmerzentrale ist natürlich der, angeht die Frühjahrslohnbewegungen die Reichsregierung, die Öffentlichkeit, die Parlamente und die Presse für sich zu gewinnen. In allen Tonarten wird von den Unternehmern geklagt, aber mit keiner Silbe wird von ihnen auf die Preisentwicklung der Lebensmittel und wichtigsten Bedarfsgegenstände eingegangen. Wenn sich breite Arbeiterfronten vor die Notwendigkeit gestellt sehen, Forderungen auf Erhöhung ihrer Lohneinkommen zu erheben, so wahrscheinlich nicht aus purem Übermut, sondern aus triftigen Gründen. Allerdings sind die Löhne seit der Inflationszeit gestiegen. Jedoch es wird niemand im Ernst behaupten wollen, daß dadurch die Lebenslage der arbeitenden Klasse eine wesentliche Besserung erfahren hat. Diese für die Beurteilung der Gesamtsituation maßgebende Erwägung spielt aber für die Unternehmer im allgemeinen keine Rolle, sondern sie gehen nur von dem unbegrenzten Gesichtsfeld ihres eignen Betriebes aus, wobei sie den Arbeiter nur als Kostfaktor in Rechnung stellen. Was die Reise im Unternehmertum in Zukunft gehen soll, das deutete die „Baugewerkszeitung“ unverkennbar an, wenn sie kürzlich schrieb: „Der starke Vorstoß der Gewerkschaften und die schwächliche Haltung des Reichsarbeitsministeriums haben die deutsche Eisenindustrie zu einer Einheitsfront zusammengeführt. Wir wollen hoffen, daß diese Einheitsfront, die heute mehr als je notwendig ist, auch über die Kampfzeiten hinaus bestehen bleibt und Früchte trägt.“ Offenlich zieht die Arbeiterkraft aus diesem Kampfe die einzige richtige Nutzenwendung, indem auch sie eine wirkliche Einheitsfront im wirtschaftlichen Kampfe bildet.

Belegung des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland. Nachdem die beiden Landesarbeitsämter Sachsen-Anhalt und Thüringen bereits am 1. Februar 1928 in das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland eingegliedert worden sind, sieben die genannten Ämter am 16. Februar 1928 von Magdeburg und Weimar nach Erfurt über. Das einheitliche Amt hat nunmehr folgende Anschrift: Landesarbeitsamt Mitteldeutschland, Erfurt, Tromsdorffstraße, Neuerbschule.

Die Volksfürsorge im Januar 1928. Der erste Monat des neuen Jahres brachte insgesamt 35 255 Verfürgungsanträge. Das Monatsergebnis ist also durchaus zufriedenstellend, besonders wenn berücksichtigt wird, daß im gleichen Monat der Jahre 1924, 1925, 1926 und 1927 nur 818, 11 664, 17 091 und 25 134 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung bei der Volksfürsorge gestellt wurden. Ein steter Aufstieg ist also zu verzeichnen.

Literarisches

Der Stahlblech-Verlag. Monatsheft für Maschinen-technik. Vertriebsmittelpunkt und Vertriebsstelle. Verlag des...

Stiefkassen

H. M. in S. Nummer könnte eine solche Feststellung abgegeben werden, vordem geht es etwas einem andern...

Verbandsnachrichten

Verbandsbüreau. Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: mit Bergang 371, 121, 214 bis 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Stiftskassen einleiten

Erweiterter Einlebungstermin für Februar 7. März. Einleitung für die Zahlung der Arbeitslohnsteuer: 25. Februar. Mit richtiger...

Gen. Rheinlands-Bestellen. Bei der Firma T. & S. in Berlin...

Wegweis. Die vereinfachten Funktionen werden gegeben, und den...

Adressenveränderungen

Frankfurt a. M. Wegen Erkrankung des ersten Vorsitzenden...

Sue Aufnahme gemeldet

(Einwundern innerhalb 14 Tagen an die beifolgende Adresse): Im Gau...

Verschiedene Eingänge

Gegen den Gehirnanfall Der Kampf um die bewährte Klein...

Verstorben

In Hagen am 15. Februar der Sebrinwalde Friedrich...

gel. dgl. 1928; 18. Carl Silliker, geb. in Großenbain 1887, ausbal. in Dresden 1918; 19. der Schweizer Ernst...

Neile- und Arbeitslohnunterstützung

Geben. Der Verkehr für durchreisende Kollegen befindet sich in der...

Veranlassungskalender

Bilfischwerbe. Veranlassung Montag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, im „Amisbo“...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die Nebengespaltene Millimeterhöhe für Stellen...

Handwerkervereinigung im Gau Rheinland-Westfalen (St. Köln) Handverkertag des Gau Rheinland-Westfalen...

Für Auslernende und für Verbandsbibulare das geeignete Geschenk DIE KLEINE VERBANDSGESCHICHTE...

„Heureka“ Die schnellste und einfachste Buchdruckerkunde. Das Ideal aller fortschrittlichen Buchdrucker...

Zigaretten Zeronih 5 Pf. Thadmor 4 Pf. Arbeitersportler 4 Pf.

Maschinenmeister für besseren Werk und Wartungsbuch gesucht. Vermittler des „Gauger“ notwendig. Anbot mit Zeugnisabschriften u. Lohnansprüchen an...

Schriftgießer 150 BLEICHMITTEL-MOTIVE für die Buchdruckerei...

Linotypesetzer für sofort oder später gesucht. Angebote an: 318 Heinrich a. Ko., S. m. d. S., Hindenburg (Oberstr.).

Schriftgießer Ingalanaplastische Anstalt gegen jede Bezahlung sofort gesucht. Angebote unter A. H. 273 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Linotypesetzer Wünsche: Veränderung, umständlich nach Berlin oder Umgebung abgeholt, für wissenschaftl. Arbeit, Angebote unter P. 137 hauptpostlager Leipzig. [32]

Linotypesetzer für Berlin, auf Maschinen, suchst, in Berlin, auf Vorort, Stelle, Ang. unt. Nr. 325 a. d. Geschäftsstelle d. „Korr.“

Ziegelbruder! Einzelnartig praktische Federzettel Kaufstige Kayfer, Stuttgarter, Remharbop!

Billige böhm. Kettenfedern Ein Kilo graue gefüllte 3 Pf., halbmehle 4 Pf., mehle 6 Pf., Mehle 8 Pf., Mehle 10 Pf., Mehle 12 Pf., Mehle 14 Pf., Mehle 16 Pf., Mehle 18 Pf., Mehle 20 Pf., Mehle 22 Pf., Mehle 24 Pf., Mehle 26 Pf., Mehle 28 Pf., Mehle 30 Pf., Mehle 32 Pf., Mehle 34 Pf., Mehle 36 Pf., Mehle 38 Pf., Mehle 40 Pf., Mehle 42 Pf., Mehle 44 Pf., Mehle 46 Pf., Mehle 48 Pf., Mehle 50 Pf., Mehle 52 Pf., Mehle 54 Pf., Mehle 56 Pf., Mehle 58 Pf., Mehle 60 Pf., Mehle 62 Pf., Mehle 64 Pf., Mehle 66 Pf., Mehle 68 Pf., Mehle 70 Pf., Mehle 72 Pf., Mehle 74 Pf., Mehle 76 Pf., Mehle 78 Pf., Mehle 80 Pf., Mehle 82 Pf., Mehle 84 Pf., Mehle 86 Pf., Mehle 88 Pf., Mehle 90 Pf., Mehle 92 Pf., Mehle 94 Pf., Mehle 96 Pf., Mehle 98 Pf., Mehle 100 Pf.

Für Anfänger! Christen, Regale, Maschinen jeder Art, komplette Druckerei-einrichtungen u. kalendarische Bindungen. Franz Wilsch, Stuttgarter, Charlottenstraße 3. [32]

Waher oder Herr, welche hier und sonstwie auf, werden, liefert der Menckenschen, Boy, Sortimentverwand, Leipzig 1, Crullusstraße 24, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000.

Synographisches Drucker Musikalien Berliner Musikdruckerei. Dirigent: Rudolf, Berlin, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000.

MUSIK Instrumente Von Orchester Schule und Haus Musikinstrumenten werden gestattet. Verlangen Sie Katalog MAX DORFEL Klingenthal in Sachsen, Nr. 37.

Wintelhafen von 3 M. an, Kleinf. S. Egl., München 9, Kolmburgstraße 1.

Dostonpresse Tegel, Schnellpressen, Neuherichtung von Druckereien. Karl Egel, München 9, Kolmburgstraße 1.

Baul Steiner in 64. Lebensjahre. Sein aufachtziger Charakter sowie auch sein kollegiales Verhalten als Vorgesetzter sichern ihm ein dauerndes Andenken. Ortsverein Forst (Kaußh) Bezirksverein Kottbus.

Friedr. Bernsen aus Rees a. Rh., im Alter von 62 Jahren. Mit ihm ist wieder ein treuer und ablebender Kollege, der seiner Dringlichkeit sein ganzes Interesse zuwendet, von uns geschieden. Er hatte mehrere Jahre das Amt des Bezirksvorsitzenden inne. Sein Andenken wird bei uns stets in liebevollem und hohem Andenken stehen. Bezirksverein Hagen.

Am 15. Februar verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Begründer des „Korr.“

Am 15. Februar verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Begründer des „Korr.“

Am 15. Februar verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Begründer des „Korr.“